

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 199.

Dienstag, den 26. August 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Der Friedenspalast im Haag.

Unter Teilnahme von mehr als 900 Vertretern tagt gegenwärtig im Haag der internationale bürgerliche Friedenskongress, und in der nächsten Woche stoßen die Vertreter aller sogenannten Kulturstaaten der Welt zu ihm — gemeinsam will man den großen von Carnegies Gold erbauten Friedenspalast in der Hauptstadt der Niederlande einweihen. Die Friedensfreunde werden offiziell begrüßt von allen Regierungen und allen — Wählblättern. Denn so leichte Kost kann selbst der zahlloseste Spottmund noch zermalmen. Mit mitleidigem Grinsen liest alle Welt, Bourgeois und Proletarier, Geschäftsforstler und Eintagsbanane, daß man nach den Balkankriegen und den neuesten Riesenrüstungen die Eröffnung des Friedenspalastes habe verschoben müssen, weil sich seine Balken vor Lachen über seine Bestimmung gebogen hätten. Daß die Balkanstaaten von den Türken noch ein paar abgeschnittene Feindesoßren und ausgestochene Feindesaugen bei sich trugen. Daß die zur Friedensfeier geladenen Diplomaten ihre geladenen Revolver mitbrachten, weil diese Verbrüderungsfeiern gewöhnlich mit einer allgemeinen Keilerei und einer neuen Kriegserklärung schloßen. Nichts bietet dem Spott eine so breite Zielfläche wie die Friedensschwärmerei der Frau Bertha v. Suttner oder des Friedens-Fried, des Nobelpreissträgers, den man den einzig würdigen Träger des Friedenspreises, Bebel und Jaures, vorzog. Von der äußersten Rechten bis zu unserer Parteipresse mit ganz vereinzelten Ausnahmen kein deutsches Blatt, das nicht die Friedensapostel verurteilt. Das alte lachende Giftwort „Du Narr, du Menschheitsretter“ schallt ihnen von überall her entgegen, wo Kreuze stehen.

Und die Friedensfreunde fordern den Spott selbst des Wohlwollendsten noch geradezu heraus. Angesichts der rauchenden Brandstätten des Balkans und des waffenfarrenden Europas erklärt Alfred H. Fried ganz naiv, im letzten Jahre habe die Friedenssache ungeheure Fortschritte gemacht. Und im Blatte des übel reklamejüchtigen Professors Ludwig Stein „Nord und Süd“ setzt Andrew Carnegie selber auseinander, daß schon vor zwei Jahren der Weltfriede über jede Anschuldigung erhoben worden wäre, wenn nicht unglücklicherweise Präsident Taft infolge Arbeitsüberhäufung vergesen hätte, die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten rechtzeitig von seinen Schiedsgerichtsverträgen und Vertragsentwürfen zu unterrichten. Über das Versäumte werde in der allernächsten Zeit nachgeholt werden.

„Der jetzige Präsident (der Vereinigten Staaten. — Red.) ist dafür bekannt“, schreibt Carnegie, „daß er den Friedensvertrag, der von dem Senat mit nur einer einzigen Stimme Majorität zurückgewiesen wurde, gutheißt, und daß er keine passende Gelegenheit vorübergehen läßt, ohne zu betonen, daß er bereit sei, alle Eingaben zur Einsetzung von Schiedsgerichten für internationale Streitfälle in Erwägung zu ziehen; kein Schatten eines Zweifels kann darüber aufkommen, daß man ihn hierfür zugänglich finden wird. Ihm mag noch die erhabenste aller Missionen zufallen, die bewegende Kraft zu werden, welche die führenden zivilisierten Nationen zu einem Friedensvertrage vereinigt. Er kennt die Felsen, an denen sein Vorgänger gescheitert ist, und wird diese sicher zu vermeiden wissen.“

Es scheint so leicht zu sein, die großen christlichen Nationen zu der Erkenntnis der Wahrheit zu bringen, daß die Zeit für die Herrschaft des Gesetzes reif sei. Denn die Abschaffung des persönlichen Krieges, des Duells, bereitet die künftige Abschaffung nationaler Kriege so sicher vor, wie der strahlende Morgen der dunklen Nacht folgt. Alle englisch sprechenden Nationen haben das Duell schon abgeschafft. Der Rückgang des Duells in Deutschland von 1200 Fällen zu 12 im Jahre ist das persönliche Werk des Kaisers, der erst im letzten April wieder den Armeekommandanten die Verfügung zugehen ließ, immer noch größere Einschränkungen dieses barbarischen Altes zu veranlassen. Bezeichnend ist auch die jüngste Abstimmung im Reichstag über die beantragte Abschaffung des Duells: all diese Punkte sind geeignet, uns in dem Glauben zu bestärken, daß persönlicher Krieg bald etwas sein wird, was in den sogenannten zivilisierten Ländern unbekannt ist.

Der Mann, auf den sich im Augenblick die Aufmerksamkeit der Welt konzentriert, ist der Kaiser von Deutschland, dessen legensreiche 25jährige Regierungszeit ununterbrochenen Frieden ihresgleichen sucht. Als Haupt der größten Militärmacht der Welt verkündet er: „Der Friede meines Landes ist eine mir heilige Sache.“ Würde er die zivilisierten Mächte zur Beratung mit Deutschland darüber einladen, wie der Weltfriede gesichert werden könne, so dürfte die Antwort eine rasche und allgemeine sein, und wir zweifeln nicht, daß ein zufriedenstellender Vertrag zustande käme. Ich gebe mich der Hoffnung, fast möchte ich sagen, dem festen Glauben hin, daß entweder der deutsche Kaiser oder der jetzige Präsident Wilson sich als jener unsterbliche Held

aller Zeiten erweisen werde, welcher der Menschheit den größten Dienst leisten wird, den sie je von einem Menschen erfahren hat. Dieser providentielle Mann wird die zivilisierten Völker jenem glückseligen Zustande entgegenführen, in welchem die allgemeine Anerkennung der auf internationaler Vereinbarung ruhenden Entscheidungen des Haager Schiedsgerichtshofes zur endgültigen Tatsache geworden sein wird. Damit wäre der letzte Rest jener Barbarei getilgt, die sich mit der Natur des zivilisierten Menschen der Gegenwart nicht mehr verträglich.

Kann man solche Hoffungslosigkeit anders als kindisch nennen? Kann man überhaupt, wenn Andrew Carnegie die These aufstellt: „Das Töten eines Menschen durch den anderen ist der größte Fluch unserer Tage“, die Frage unterdrücken, wie viel Menschen er in seinen Stahlwerkwerken hat töten lassen, um seinen Profit zu erhöhen? Will man die Welt nicht betrügen, so muß man sie immer wieder auf die vollständige Ohnmacht der bürgerlich-deutschen Friedensbewegung hinweisen, die nicht einmal eine einzige anständig besuchte Protestversammlung gegen den Krieg zustande bringt. Muß sie immer wieder vor dem Köhlerglauben dieser bürgerlichen Pazifisten warnen, als könnte ein Fürst oder Milliardär der Welt den Frieden schenken, ehe ihn sich die Menschheit selbst erkämpft.

Über bei aller Kritik bürgerlicher Friedensduselien in eisenklirrender Zeit und allem Spott über das Mißverhältnis ihrer Macht zu ihrer Einbildung dürfen wir nicht übersehen, wie trotz alledem und alledem die Internationalisierung und Pazifizierung der Welt fortschreitet und auch durch jene gefördert wird. Der Unterschied zwischen der Keim-Viemannschen Kriegsheerei und dem ehrlichen Friedenswillen eines Pfarrer Umfried, eines Prof. Walter Schücking darf denn doch nicht übersehen, die beiden Richtungen nicht gleich feindselig behandelt werden.

Zunächst ist an den Friedensfreunden der moralische Mut anzuerkennen, mit dem sie sich dem Spott und der Gehässigkeit des offiziellen Patriotismus und der profitgierigen Rüstungsspekulanten aussetzen. Die Kriegsheer, deren Schlimmste in der nationalen und Reichspartei sitzen, reden gern so daher, als ob es den bürgerlichen Pazifisten an persönlichem Mut, an Opferfreudigkeit, Kraft und Männlichkeit fehle. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Ein Oberlehrer, ein Pfarrer, ein bürgerlicher Journalist, der ernsthaft Friedenspolitik treibt, setzt sich mutig einer großen Folge von Unannehmlichkeiten aus, während zum dreifachen Gehalt gegen Frankreich vom sicheren Post der Redaktionsstube aus für den militärfreien Skribenten gar nichts gehört. Mut haben die Friedensfreunde auch während ihrer gestern beendeten Debatten im Haag bewiesen. Während die ganze bürgerliche Presse Karl Dieblich wütend umheult, haben sie ihm den Dank aller Friedensfreunde dafür ausgesprochen, daß er zu den vielen anderen Beweisen neue geliefert hat, um die planmäßige Erzeugung internationaler Unruhe durch die Praktiken der Rüstungsindustrie zu erkennen. Der Vorsitzende des Kongresses, der Belgier Lafontaine, hat das kräftige Wort gesprochen, daß die europäischen Könige, die es wagten, einen Krieg zu erklären, im voraus wissen mußten, daß die erste Kugel aus den Reihen des eigenen Volkes für sie bestimmt ist, und der deutsche Fortschrittler Prof. Quide-München hat vor den Vertretern aus aller Herren Länder das ehrliche Geständnis abgelegt, daß in diesem Winter und Frühjahr Deutschland der stärkste Rüstungstreiber gewesen ist. Zur deutsch-französischen Verständigung haben die Friedensfreunde sich ganz dem angegeschlossen, was wir in Bern beschlossen haben, und im übrigen dafür demonstriert, daß der nächste internationale Staatenkongress im Haag 1915 das Schiedsgerichtsverfahren vor der Kriegserklärung zur Pflicht erhebe und eine Abrüstung anbahne.

Abrüstung! Manchem Parteigenossen erscheint dieses Wort mitten in der Zeit des kapitalistischen Imperialismus lächerlich. „Abrüstung, nicht Abrüstung ist heute die Parole der bürgerlichen Welt“, hat Bebel schon auf dem Jenaer Parteitag von 1911 uns gelehrt. Schiedsgerichtsverträge gelten vielen als bloße Makulatur, als wertlose Stücke Papier. Und doch ist das Papier der Schiedsgerichtsverträge nicht wertlos als das, auf dem die ja auch oft genug gebrochenen Staatsverfassungen stehen.

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß die Kriegsgefahr immer größer wird und die Rüstungen immer mehr wachsen müssen. Trotz aller kapitalistischen Treibereien entwickelt sich eine starke Weltfriedensstendenz. Der Wirtschaftsverkehr über die Grenzen der Nationen hinaus wird immer lebhafter — deutsch-englischer Handelsverkehr 3½ Milliarden im Jahre — mit der Schnelligkeit des Verkehrs wächst die persönliche Berührung der Nationen — 135 internationale Kongresse im laufenden Jahre, davon 47 allein in Belgien-Holland — die Nationen werden sich durch die beiden ungeheuren Gleichmacher Kapitalismus und

Zeitungsweisen immer ähnlicher. Schon heute ist kein Krieg denkbar, der nicht auch dem siegreichsten Volk den schwersten Schaden brächte; höchstens die kapitalistische Klasse des siegenden Volkes könnte noch gewinnen, aber auch das wird von Tag zu Tag unwahrscheinlicher. In einem flammenden Aufruf gegen die Fraktionstaktik bei Beratung der Militärvorlage hat in der „Gleichheit“ Genossin Klara Zetkin allen Nachdruck darauf gelegt, daß die Bourgeoisie weiter rüsten und weiter zum Krieg gehen müsse, auch wenn sie selbst die Kosten zahle. Es ist vollkommen richtig, daß alle Steuern auf die Besitzenden Friedenspolitik und Abrüstung nicht erzwingen können; dazu müssen noch sehr viele andere Momente treten. Aber weil die direkten Reichsteuern erzwingen sind durch die Macht der Arbeiterklasse, find sie eine Gewähr dafür, daß bei weiterer Kräftigung der proletarischen Bewegung sie den herrschenden Gewalten auch die Abrüstung aufzwingen wird. Es muß der Augenblick kommen, auf dem die Bourgeoisie uns mehr fürchtet als Frankreich oder England.

Ein weiterer Irrtum vieler Parteigenossen ist die Annahme, daß das Kriegswesen sich jeder Milderung und Reform entziehe. Der Krieg ist heute nur ein Duell, in den viele Unparteiische, die neutralen Staaten, fortwährend und vielfach entscheidend hineinreden. Man vergleiche den Krieg zur Zeit der Renaissance und des Machiavellismus mit dem Gegenwartsriege, und man wird sich der Erkenntnis nicht länger verschließen können, daß heute viel blutiger, aber doch geordneter und gezügelter gekämpft wird, als in den Zeiten, wo jeder Wortteil galt.

Der Völkerfriede wird ebensowenig mit einem Schlage entstehen wie die sozialistische Gesellschaftsordnung. Beide werden und müssen durch eine Anzahl von Reformen und langsamen Fortschritten vorbereitet werden, damit die Völker reif für sie werden. Genau wie die bürgerlichen Sozialpolitiker trotz ihrer geringen Macht im bürgerlichen Lager uns nützlich sind, genau wie wir Köpfe und Berlesch anders gegenüberstehen als Bued und Tille, genau so dienen uns auch die wissenschaftlichen und propagandistischen Arbeiten der bürgerlichen Friedensfreunde. Der große dänische Literat Georg Brandes hat jüngst in seinem warmherzigen Nachruf auf Bebel erzählt, wie er nach vielen Jahren der Trennung den alten Kämpfer wieder traf und ihn dazu beglückwünschte, daß er inzwischen zum vielbewunderten und vielgeliebten Führer des proletarischen Viermillionenheeres geworden sei, worauf ihm Bebel höflich erwiderte, Brandes selber habe vielleicht keine geringere Macht als er; er habe sich nur an die Mannschaften und Brandes mehr an die Offiziere gewandt. Brandes selbst erkennt in diesem freundlichen Wort die Uebertreibung und Ueberhöhung; diese „Offiziere“ sind gar nicht die Führer unseres Massenheeres, das sich vielmehr seine Führer demokratisch aus den eigenen Reihen wählt. Trotzdem bleibt es wahr, daß die Propaganda für diesen oder jenen Teil unserer Ideale auch innerhalb der widerstandskraft unseres Gegners innerlich schwächt. In diesem Sinne anerkennen wir die Tätigkeit der bürgerlichen Friedensfreunde, die übrigens in allen westlichen Kulturstaaten entsprechend der geringeren Entwicklung der sozialdemokratischen Partei unendlich viel stärker sind als bei uns, und wünschen ihnen gerade gegenüber der größten Friedensgefahr, dem deutschen Militärstaat, jenen Erfolg.

## Politische Rundschau

Deutschland.

Der Ausgang der Reichstagsersatzwahlen.

Mit den letzten und den bevorstehenden Reichstagsersatzwahlen beschäftigte sich in einem langen Artikel die „Nordd. Allg. Ztg.“. Sie stellte fest, daß sich das Stimmenverhältnis nicht sonderlich zuungunsten der Rechten und zugunsten der Linken verschoben habe, und führte die Verstärkung der Linken im Reichstage darauf zurück, daß ein engeres Zusammengehen mit der Sozialdemokratie stattgefunden hat. Damit ist aber die „Deutsche Tagesztg.“ nicht zufrieden, sie rempelt das Organ des Herrn v. Bethmann-Hollweg in folgender Weise an:

„Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ spricht sehr sanft von einem näheren Zusammenrücken der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Linken. Man hätte recht wohl noch einen schärferen Ausdruck wählen können. Im übrigen ist es bezeichnend, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ kein Wort der Mißbilligung für das Heranrücken der Bürgerlichen an die sozialdemokratische Linke findet.“

Vermutlich wird sich das Organ des Kanzlers gesagt haben, daß mit dem Schimpfen allein an den gegen-

wärtigen Verhältnissen nichts geändert werden kann. Wenn laute Krakelei etwas daran ändern würde, dann müßte die „Deutsche Tageszeitung“, die darin wirklich schon viel geleistet hat, längst auf einen Erfolg zu rückblicken können.

### Katholikentage als Saufkonventikel.

Die „Kölner Korrespondenz“ brachte kurz vor dem Meher Katholikentage eine Charakteristik der Katholikentage, in der gesagt wurde, daß der größte Teil der Besucher von Katholikentagen um der damit verbundenen Vergnügen willen daran teilnehme. Der Alkohol spiele eine große Rolle bei der „begeisterten Volkstimmung“, die regelmäßig auf Katholikentagen zu verzeichnen sei. Die großen Zentrumsblätter haben auf diese Mäanderei mit massiven Grobheiten geantwortet, und die „Kölner Korresp.“ erklärt dann, daß der Artikel von einem Ferienredakteur stamme, und daß die Behauptungen von dem übermäßigen Alkoholgenuß nicht aufrecht erhalten werden könnten. Das hat den Zentrumsblättern noch nicht genügt, und nun bringt die „Kölner Korresp.“ eine offizielle Erklärung, in der es heißt, daß der Artikel über die deutschen Katholikentage „unhaltbar und bedauerliche Behauptungen enthielt“. Der Artikel sei ohne Wissen des in den Ferien weilenden Redakteurs veröffentlicht worden; die „Kölner Korresp.“ spreche ihr Bedauern über den Artikel aus und glaube erwarten zu dürfen, daß die Zentrumsblätter, die die „Kölner Korresp.“ angegriffen habe, nunmehr auch diese Erklärung ihren Lesern mitteilen werde. — Soweit die offizielle Zurücknahme der Angriffe auf die antibachemische „Kölner Korrespondenz“. Dann aber geht die Korrespondenz daran, nachzuweisen, daß auch der Kölner Richtung Entgleisungen schon passiert seien, und zwar Entgleisungen gegen die Kirche, den Papst, die Bischöfe, ja selbst gegen katholische Grundwahrheiten, und daß diese deshalb auch keine Veranlassung habe, der Korrespondenz besondere Vorwürfe zu machen, um so weniger, als in den Zentrumsblättern Kölner Richtung nie ein Wort des Bedauerns über ihre Entgleisungen zu lesen gewesen sei.

### Gegen den Unfug der Kornblumentage.

Unsere sächsischen Parteigenossen machen entschieden Front gegen den Unfug der Kornblumentage, eine Bettelei, wie sie aufdringlicher nicht gedacht werden kann. Der Sozialdemokratische Verein für den 15. sächsischen Wahlkreis hat an seine Mitglieder ein Zirkular hinausgegeben, in dem mit vollem Recht gesagt wird:

Unsere Auffassung ist, daß der Staat für die dardenden Veteranen zu sorgen hat. Unsere Vertreter haben im Reichstage die Erhöhung der Veteranenbeihilfe auf 360 Mark jährlich verlangt, dies ist aber von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Ein Staat, der jährlich über 1500 Millionen Mark für das Militär ausgibt, sollte es unter seiner Würde halten, eine Bettelei für die Veteranen zu genehmigen. Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei nahm dazu Stellung und erwartete von der Arbeiterschaft, daß sie diesen Verantwortungen fernbleibe. Haltet nur der herrschenden Gesellschaft entgegen: Erst werden durch die verkehrte Einrichtung der gesellschaftlichen Organisation die Krüppel geschaffen und dann wird bei der Masse des Volkes gebettelt. Diesem offenen prahlerischen Gebaren der herrschenden Gesellschaft müssen wir durch unser Fernbleiben den Stempel der Verachtung aufdrücken.

### Die Hörigen des Bundes der Landwirte.

Die Hauptversammlung des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes, die in Leipzig tagte, hat in nichtöffentlicher Sitzung Stellung genommen zur Beteiligung an Reichstags- und Landtagswahlen. Es wurde ein Beschluß gefaßt, der den angeschlossenen Verbänden untersagt, eigene Kandidaten aufzustellen, mit dem Hinzufügen, daß andernfalls der betr. Verband ausgeschlossen werden müßte.

Diese sonderbare Stellungnahme erklärt sich daraus, daß der Reichsdeutsche Mittelstandsverband eine Filiale des Bundes der Landwirte ist; die Agrarier wünschen natürlich die Stimmen der Mittelständler, aber sie wünschen nicht, daß diese mit eigenen Kandidaten in den Wahlkampf eingreifen. Jedenfalls entbehrt der Beschluß der agrarischen Mittelständler nicht des Reizes der Neuheit, denn jede politisch tätige Organisation hat bisher auch Wert darauf gelegt, bei Wahlen zur Geltung zu kommen.

### Ragnit-Pillkallen.

Zur Nachwahl in Ragnit-Pillkallen wird uns aus Dispreußen geschrieben: Die einzige Partei, die Stimmenzuwachs bei der am Sonnabend erfolgten Reichstagswahl zu verzeichnen hat, ist die — Sozialdemokratie. Sowohl die Konservativen als auch die Nationalliberalen haben Stimmen verloren. Die Nationalliberalen hofften mit aller Bestimmtheit, in die Stichwahl zu kommen. Sie haben eine erhebliche Schlappe erlitten. Riefige Geldmittel haben sie in den Wahlkreis geworfen. Ihr Kandidat, Kommerzienrat Bengel-Gröndenz, will durchaus Parlamentarier werden und dürfte persönlich recht große Summen zum Wahlkampf beigetragen haben. Zahlreiche nationalliberale und fortschrittliche Parteisekretäre sind wochenlang im Wahlkreis tätig gewesen. Am Wahltage selbst eilten den Nationalliberalen Königsberger Studenten und viele unbezahlte Helfer zur Hilfe. Dazu hatten sie noch ein Heer bezahlter Kräfte angeheilt. Zahlreiche Autos, die den Nationalliberalen zur Verfügung standen, haben den Wahlkreis durchquert; am letzten Tage vor der Wahl hatte der nationalliberale Kandidat noch in neun Versammlungen gesprochen. Überall hatten ihn, nach den Berichten der liberalen Blätter die Wähler jubelnd empfangen und gar nicht loslassen wollen! Dabei traten die Nationalliberalen fast noch konservativer auf als die Konservativen selbst. Herr Bengel bekannte sich als starrer Schatzkammer; er schwor, daß er den Verträgen auf Abban der Zölle in der nationalliberalen Fraktion mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten wolle. Die Nationalliberalen bezeichneten sich als die „wahrhaften konservativen Elemente“. Patriotismus und Chauvinismus wurden in den Mäandern der nationalliberalen Sache gepflegt. Alles ver-

gebens! Die vielen Lausendmarkcheine sind umsonst verpulvert. Mit Stimmentrückgang ziehen die Nationalliberalen aus dem Wahlkampf.

Die Konservativen hatten Schlimmeres befürchtet. Es wurde deshalb, um das Mandat zu retten, ein unerhörter Druck auf die Wähler ausgeübt. Gegen einzelne Nationalliberalen sind sie sogar handgreiflich geworden. Dazu kam, daß der amtliche Apparat im Dienst der Konservativen stand und dafür sorgte, daß diese schon vor Bekanntgabe des Wahlergebnisses die meisten Lokale im Wahlkreis für den Vorabend der Wahl besetzen konnten.

Angeichts all dieser Umstände ist das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen doppelt hoch anzuschlagen. Man muß bedenken, daß es sich um einen Wahlkreis handelt, der fast rein agrarisch ist. Nur zwei kleine Städte gehören zum Wahlkreis. Und unsere Stimmen sind gewonnen worden, obwohl wir auch nicht entfernt mit den Mitteln arbeiten konnten, die unseren Gegnern zur Verfügung standen.

### Noch eine Nachwahl zum lippischen Landtage.

Seit den allgemeinen Wahlen zum Landtage des Fürstentums Lippe im Januar 1913 mußten bereits drei Ersatzwahlen vorgenommen werden. Zweimal wurde ein liberales Mandat niedergelegt — weil Ungültigkeitserklärung zu erwarten war — und dann schied ein liberaler Abgeordneter durch Tod aus. Eins dieser Mandate ging an die Konservativen verloren. Jetzt hat der im 1. Kreise mit 29 Stimmen Mehrheit gegen den Sozialdemokraten gewählte liberale Abgeordnete Brakemeier ebenfalls sein Mandat (wegen Krankheit) niedergelegt. In der Hauptwahl fielen auf unseren Genossen Eggen 1008 Stimmen, auf den Liberalen 863 und auf rechtsstehende Kandidaten 290. Die Stichwahl ergab für Genossen Eggen 1256, für den Gegner 1285 Stimmen.

### Sozialpolitische Abteilung im Kriegsministerium.

Die sozialpolitischen Angelegenheiten wurden im Kriegsministerium bisher von dem Allgemeinen Kriegsdepartement bearbeitet. Am 1. Oktober d. J. wird für die sozialpolitischen Fragen eine besondere Abteilung errichtet, an deren Spitze der Major Schulz tritt, der gegenwärtig der Infanterie-Abteilung im Kriegsministerium angehört. Der neuen Abteilung werden alle Arbeiterangelegenheiten unterstellt. Außerdem hat sie die Beiträge zu den staatlichen Versicherungsanstalten zu verwalten und die Unterstützungsangelegenheiten des nicht pensionsberechtigten Personals zu bearbeiten. — Daß eine besondere sozialpolitische Abteilung im Kriegsministerium eingerichtet wird, ist entschieden ein Fortschritt, aber statt eines Majors wäre es besser gewesen, einen in sozialpolitischen Fragen erfahrenen Beamten an die Spitze dieser neuen Abteilung zu stellen. In sozialpolitischen Fragen haben die Offiziere des Kriegsministeriums bisher eine geradezu überraschende Unbeholfenheit an den Tag gelegt, und wir glauben kaum, daß es besser wird, wenn diese Abteilung eine militärische Spitze erhalten soll. Allein im Kriegsministerium ist es Tradition, daß an die Spitze aller Abteilungen Offiziere gestellt werden müssen, mögen sie nur dorthin passen oder nicht; und deshalb wird man sich eine besonders erspriechliche Wirkung von der sozialpolitischen Abteilung in der Form, wie sie zustande kommt, nicht versprechen dürfen.

### Vollschullehrer und Religionsunterricht.

Trotzdem im Großherzogtum Hessen ein Liberales Schulgesetz besteht, enthält es doch die Bestimmung für die Volksschullehrer, in „religiös-pädagogischer“ Sinne zu unterrichten und ferner die Verpflichtung, allwöchentlich bis zu vier konfessionelle Religionsstunden zu erteilen. Daß eine derartige Verpflichtung eine Gewissensfolter bedeutet für jeden Lehrer, dessen religiöse Anschauung sich nicht deckt mit dem Kirchenglauben, versteht sich von selbst. Bisher wurde dies Schulgesetz gerade nach dieser Richtung hin von obersten Schulbehörde recht streng ausgelegt. Jetzt scheint darin ein Wandel eintreten zu sollen, was für die bevorstehende Revision des Volksschulgesetzes günstige Schlüsse zuläßt. Einige katholische Lehrer nämlich, die sich innerlich mit dem Kirchenglauben zerfallen fühlten, wandten sich an die oberste Schulbehörde mit dem Ersuchen um Befreiung vom Religionsunterricht. Das Schulministerium erteilte den nachgesuchten Dispens unter der Bedingung, daß die Lehrer anstelle des für sie ausfallenden Religionsunterrichtes Fachunterrichtsstunden übernehmen. Wie verlautet, soll die Regierung beabsichtigen, im Entwurf des neuen Schulgesetzes die Verpflichtung des Lehrers zur Erteilung konfessionellen Religionsunterrichtes überhaupt wegzulassen zu lassen. Das wäre sehr vernünftig!

### Holland.

Das neue Kabinett ist perfekt. Mit der Bildung des neuen Kabinetts ist Cort van der Linden beauftragt worden. Das Kabinett setzt sich aus folgenden Liberalen Ministern zusammen: Auswärtiges Loudon, Gefandter in Washington, Justiz Ort, Inneres und Präsidentschaft Cort van der Linden, Marine Rambonnet, Finanzen Bekking, öffentliche Arbeiten Veltj, ehemaliger Ackerbauminister, Handel Professor Treub, ehemaliger Deputierter, Kolonien Pleute, ehemaliger Advokat von Indien.

### Balkan.

Bill Bulgarien nachgeben? In Paris verlautet, daß Bulgarien sich in den Verhandlungen mit London, Serbien und Rumänien auf die Forderung nach Rückgabe der Provinz Makedonien eingelassen hat. Die Türkei weigert sich kategorisch, folgende zwei Punkte, auf denen Griechenland besonders besteht, zuzugeben: 1. Die Anerkennung der Gleichberechtigung der Kapitulationen Griechenlands und 2. eine Entschädigung von drei Millionen türk. Pfd. für eine

Anzahl griechischer Schiffe, welche die Türkei zu Beginn der Feindseligkeiten beschlagnahmte. Der Wert dieser Schiffe wird auf 300 000 türk. Pfd. geschätzt. Die Türkei will diese Angelegenheit dem Haager Schiedsgericht unterbreiten.

### Marakka.

Der Zustand der Riffabten. Wie die Blätter aus Ceuta melden, wurde das Regiment von Ceuta, als es nach seinem Standort zurückkehrte, bei der Stadt plötzlich angegriffen. Auf Seiten der Spanier wurden ein Korporal und zwei Mann getötet, ein Sergeant und drei Mann verwundet. Auch die Schwadron aus Villa Robledo wurde bei einem Patrouillenritt auf der Straße nach Tetuan bei Rudio Condesa angegriffen und erlitt Verluste. — Ein nach Tetuan entsandener Sonderberichterstatter des Imparcial erklärte, der Angriff bei Rudio Condesa habe den Spaniern 7 Tote und 17 Verwundete gekostet. Die Eingeborenen wären Herren des Geländes und verhöhnten die Spanier. Wie der Berichterstatter weiter meldet, herrschte unter der Bevölkerung von Ceuta sehr düstere Stimmung, da sie fürchtete, daß die Verteidigung ungenügend ist. Mit Schrecken sehe sie, daß die Bewohner der Vorstädte von den Herausforderungen der Eingeborenen in das Innere der Stadt hineinströmen.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 26. August.

Zu einer Gedächtnisfeier für unsern verstorbenen Vorkämpfer August Bebel wird die für Sonntag angelegte Lassalle-Gedächtnisfeier ausgestellt werden. In August Bebel und Ferdinand Lassalle hat die politische Bewegung der Arbeiterschaft ihre beredtesten Anwälte, ihre erfolgreichsten Agitatoren gehabt, so verschieden die beiden auch sonst in ihrem Charakter und ihrer Herkunft waren. Es gilt, die Feier zu einer großen Kundgebung zu gestalten. Das Programm ist reichhaltig und wird unter Mitwirkung künstlerischer Kräfte zur Ausführung gelangen.

Zur Arbeitsaufnahme auf den Werften. Die Aufnahme der Arbeit ist wiederum verschoben worden. Die Holzarbeiter in Bremen, Bremerhaven und Geestemünde beharren noch weiter auf ihrem Standpunkt, die Arbeit nicht aufzunehmen. In allen übrigen Orten habe sich, auch die Holzarbeiter bereit erklärt, die Arbeit aufzunehmen.

Am Dienstag und Mittwoch finden in den gesamten Meserorten Versammlungen der Holzarbeiter statt, in denen zur Aufnahme der Arbeit Stellung genommen werden soll. Nach einer Mitteilung der Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes in Hamburg an die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes bleiben nunmehr die Arbeitsnachweise noch vorläufig geschlossen, bis auch die Holzarbeiter in Bremen, Bremerhaven und Geestemünde beschlossene haben, sich zur Aufnahme der Arbeit stellen zu wollen.

Wer wird hanseatischer Gefandter in Berlin? Bisher war es üblich, daß die gesundheitsförderliche Stelle des hanseatischen Gefandters in Berlin mit einem Lübschen Senator besetzt wurde. Der bisherige Inhaber ging auch aus dem Stande der Senatoren hervor. Jetzt, bei seinem Scheiden aus dem Amte ging die Ansicht vieler dahin, daß Senator Dr. Fehling, der Sprechensator in der Bürgerchaft, eben angenehmen Posten erhalten würde. Dagegen scheinen sich jedoch mancherlei Widerstände geltend zu machen. In der bürgerliche Presse wird nämlich folgende Meldung lanciert: Wie hier in gut unterrichteten Kreisen auf das bestimmteste verlautet, haben die Senats von Hamburg, Lübeck und Bremen über den Nachfolger des am 1. Oktober in den Ruhestand tretenden hanseatischen Gefandters am preussischen Hofe, Dr. Klugmann, bereits eine Entscheidung getroffen. Als Nachfolger wird der Geheimere Oberregierungsrat Dr. Sieveking genannt, der schon jetzt Vertreter Elb-Lothringens im Bundesrat ist.

Es hat sich gelohnt! Der Senat hat an den Landeskriegerverband folgendes Schreiben gerichtet:

Der Landeskriegerverband hat durch seine große Bereitwilligkeit, bei dem Besuche Seiner Majestät des Kaisers am 10. August d. J. auf dem von Seiner Majestät genommenen Wege Spalier zu bilden, am Abend unter Verwendung von Fackeln, viel zu dem, auch von Seiner Majestät anerkannten besonders guten Gelingen des Ganzen beigetragen.

Ramens des Senates erlauben wir uns, hierfür aufrichtigen Dank zu sagen. Der Senat möchte dem Verband gern ein Zeichen der Erinnerung an den Tag des Kaiserbesuches stiften. Da er nicht weiß, in welcher Richtung sich die Wünsche des Verbandes bewegen, überreichen wir anbei den Betrag von 300 Mk. mit der Bitte, ihn in geeigneter Weise zur Ausschmückung des Verbandslokals zu verwenden.

### Die Senatskommission

zur Vorbereitung des Empfanges Sr. Majestät des Kaisers. gez.: Fehling Dr.

300 Mk. für Spalierbilden ist recht anständig bezahlt. Der Senat ist eben sehr spendig — mit dem Gelde der Steuerzahler. Aus seiner eigenen Tasche braucht er ja nicht zu zahlen und die erstklassige Bürgerchaftsmehrheit hat gegen eine solche Verschwendung von Staatsgeldern nichts einzuwenden. Dafür wird der Patriotismus der Krieger für 300 Mk. jedenfalls noch wesentlich erhöht werden — sofern das noch möglich ist. Wenn es sich darum handelt, sozialpolitische Maßnahmen für die unbemittelte Bevölkerung zu treffen, ist meistens bei uns kein Geld vorhanden; hier wird man es zum Fenster hinaus!

Dr. Görz und die Lübecker Verwaltung. Die Liberale Volkspartei, deren Mitgliederzahl in Lübeck ständig den Krebsgang geht, obwohl man den Wortführer der Bürgerchaft, Dr. Görz, an die Spitze der Organisation gestellt hat, liebt es, alljährlich durch Veranstaltung eines Sommerfestes kundzutun, daß sie noch auf der Welt ist. Auf diesen Sommerfesten wird dann feste geredet, meistens unter Mitwirkung einer Anzahl Reichstagsabgeordneter. Das geschah auch bei dem diesjährigen liberalen Sommerfest, das am letzten Sonntag im Stadthallenpark abgehalten wurde. Herr Wiemer, der in Nordhausen unserm Genossen Cohn Platz machen mußte, bedauerte begreiflicherweise, daß in Lübeck der Partei noch immer kein Erfolg beschieden gewesen sei. Herr Klein fehlte noch immer im Reichstage, aber es würde schon noch gelingen, das rote Banner in Lübeck herunterzuholen. Ja, wenn die Hoffnung nicht war. . . . Wir sind allerdings der Ansicht, daß der Reichstag sich dauernd ohne Julius Klein behelfen muß — wenn's ihm auch schwer fällt. So wenig Bedeutung nun diese Rede Wiemers besitzt, so interessiert in erhöhtem Maße das, was Dr. Görz über die Lübecker Verhältnisse sagte:

Der Kaiserbesuch hat uns erfreut. Des Kaisers Worte zu Ehren des deutschen Kaufmannes haben wir mit Begeisterung aufgenommen; aber es ist doch gut, daran zu

Innen, daß wir Lübecker keinen Platz an der Sonnenseite haben und uns keiner der vielen Borzüge vom Reich zuteil wird, mit denen andere Bundesstaaten und Städte beglückt wurden. Nicht einmal das dritte Bataillon konnten wir bekommen. Unser kleiner Staat muß alles, was er gewinnt, mühsam aus eigener Kraft schaffen. 25 Jahre und mehr haben wir um die Segeberger Bahn kämpfen müssen, und wer weiß, wie lange noch die so wichtige Fehmarn-Linie auf sich warten läßt. Und dabei haben wir offiziell die besten Beziehungen zum Reich und zu unseren Nachbarstaaten. Unsere Selbstständigkeit hat heute nur noch insoweit eine innere Berechtigung, soweit wir gute Finanzen und die beste Verwaltung haben. Aber die Verwaltung ist vielfach eingetrocknet. Nicht diejenigen Männer, die an ihrer Spitze stehen, tragen die Schuld, sondern das System. Das, was im Jahre 1848 uns vorwärts brachte, ist veraltet. Unser höchster Staatskörper kann füglich, wenn er von den vielen Kleinigkeiten entlastet würde, auf 5 Mitglieder reduziert werden. Seiner Aufgabe könnte er voll auf genügen. Dafür sollten aber endlich die höchsten Beamten auf den verschiedenen Gebieten selbstständig werden, selbst anordnen, selbst im Ressort, und ihre Vorlage vertreten, statt sich Sprachrohr zu bedienen, selbst aber auch die jetzt unauffindbare Verantwortung tragen. Der Wagen ist jetzt für unsere raschlebige Zeit zu schwerfällig und fährt zu langsam. Und wenn man dafür eine Kompensation forderte, wenn auch die Zahl der Bürgerchaftsmitglieder, wie in anderen Städten auf 20-40 sank, ist wäre zu dieser Kompensation gern bereit; wir Alten könnten von der Bühne abtreten und so den Jüngeren das Feld freihalten. Hier harret eine Fülle neuer Aufgaben, eine Fülle neuer Einrichtungen unser. Seien wir Liberale, obwohl wir aus guten Gründen in der Bürgerchaft keine Fraktion kennen und bilden wollen, dieser Aufgabe gewachsen.

Wir fürchten, daß die Liberalen diesen Aufgaben in keiner Weise gewachsen sind. Bisher haben sie noch immer verlagert, wenn es galt, vollständige Reformen einzuführen. So werden auch die Ausführungen von Dr. Götz, mit dem wir in manchen Punkten durchaus übereinstimmen, nur leere Redewendungen bleiben, die ohne ein Echo zu erwecken, im Winde verhallen.

Zwischen Sommer und Herbst. Früh ist in diesem Jahre das Weizen gekommen. Schon fallen die ersten Blätter. Den regenreichen Tagen folgen kühle Nächte. Der Sommer stirbt, noch ehe er recht beendet, noch ehe seine Sonne die letzten Gartenfrüchte gereift und gerodet hat. Schon rüsten die Schwalben zum Fortflug nach wärmeren Himmelsstrichen, und auch anderen Zugvögeln ist es ungemütlich in diesem nachhaltigsten Regenmonat geworden. Nachten sich in den Straßen der Stadt die herbstlichen Vorböten schon wenig angenehm bemerkbar, so tritt draußen vor ihren Toren die Hinfälligkeit des Sommers um so offenkundiger zutage. Müde liegt das Land. Die Felder sind abgeerntet. Das Laub der Bäume hat eine schwärzlichgraue Färbung angenommen. Die Wiesen dampfen vor Feuchtigkeit. Nebel schweben über den Aderrainen. Graue Wolkenzüge trieb tagelang der Weststurm am stumpfen, mürrisch-vergämten Himmel. Ueber den Riefekronen steigen die Krähen, und von den Adeln stäubt der Regen in keinen Tropfen, wenn du unter ihrem Geißt dahinwandelst. Schon stehen hier und da auf sandig-lehmigen Feldern Frauen gebückt über hochaufgeschossenem Kraut; die ersten Frühkartoffeln sollen aus der Erde. In langer Reihe taumeln sie über dem weißgelben Boden: Rücken neben Rücken, Kopf über Kopf. Das nasse Erdbreich hat die knöchigen Arme mit sandigen Brocken überprügelt. Die stumpf gewordenen Nägel, die harten Fingerringen suchen nach den blaugelben Knollen. Nur selten starrt ein Wort. Die fest zusammengepreßten Lippen sind stumm geworden. Nur ein Hüfteln stöhnt manchmal auf. Ein Rücken streckt sich. Eine erdüberstrichene Hand streicht eine Haarsträhne von der schweiß- und regenüberrieselten Stirn. Am Aderrand hält ein Wagen. Ein paar Gänse sind ihm vorgezogen. Die lassen die Köpfe hängen. Der Kutser schreitet zwischen seinem Gefährt und den Kartoffelfeldern hin und her. Er holt die mit Erdnollen gefüllten braunen Körbe und schichtet sie auf dem Wagen auf. Schwerfällig und müde stampfen auch seine Füße durch das aufgeweichte Ackerland. Und nun sinkt die Sonne. Die Nebel steigen, die Konturen verschwimmen, die gebückten Gestalten der Frauen auf dem Kartoffelfeld wachsen ins Riesenhafte.

Von der Jungdeutschlandplage. Die Zeichen des Rombykums innerhalb der Jungdeutschlandbewegung mehren sich immer mehr. In der vorletzten Nummer der Wilhelmshavener amtlichen Marine-Anzeiger, der „Wilhelmshavener Zeitung“, befindet sich folgender Stoffeuzer „mehrerer Geschädigten“: „Die jungen Leute haben am letzten Sonntag am Großen Bullenmeer in der Nähe Neuenburgs einen großen Torfhaufen zum Teil zusammengerissen, um die zum Abkochen notwendigen paar Torfsoden zu erlangen. Die Besitzer mußten einen Arbeiter mehrere Tage beschäftigen, um hier wieder Ordnung zu schaffen. Ferner haben vor längerer Zeit Wandervogel aus reinem Uebermut eine Reihe Moorhütten zusammengebrochen und dadurch den Eigentümern empfindlich geschädigt. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um Eltern und Führer zu veranlassen, in Zukunft ein schärferes Auge auf ihre Schutzbefohlenen zu haben und diese strikt anzuweisen, fremdes Eigentum unter allen Umständen zu schonen, da im Wiederholungsfall die geschädigten Eigentümer ohne weiteres Strafantrag stellen werden.“

Solche patriotischen Heldentaten gehören offenbar ebenso zum Bedürfnis der amtlich protegierten Jugendbewegung, wie etwa die bekannten Dummengungenstreiche zum Wesen des deutschen Studenten.

Aus dem Justizdienst entlassen. Amtlich wird bekannt gegeben: Der Senat hat den Referendar Sophus Felix Kroeger aus dem Justizdienst entlassen. — Kroeger ist jener Referendar, der gegenüber dem früheren Direktor des Hanja-Theaters, Knöbl-Gollbach, eine Neuerung getan haben soll, durch die der Vorsitzende des hiesigen Gewerbegerichts als „Frauenfreund“ in ein sehr eigenartiges Licht gebracht wurde. Später ist Kroeger, der die ihm zur Last gelegte Neuerung bestritt, zu einer verhältnismäßig hohen Geldstrafe verurteilt worden.

Arbeiterisiko. Montag vormittag gegen 10 1/2 Uhr ereignete sich auf der Kochischen Schiffswerft dadurch ein schwerer Unfall, daß der Zimmermann Ferdinand Wohler bei der Reparatur des Seglers „Jinnland“ infolge Brechens einer Platte im Dock herabstürzte. Er erlitt 2 Rippenbrüche, sowie einen Bruch des Schlüsselbeines und wurde in seine Wohnung geschafft. Ein anderer Arbeiter, der sich auf der gleichen Platte befand, kam ohne Verletzungen davon.

d. Schöffengericht am 26. August. Abschreckungssache. Heute morgen wurde das Urteil gegen ein junges Dienstmädchen gefällt, das ihrer Herrschaft wiederholt Raubmarken entwendet haben sollte. Die Angeklagte bestritt in voriger Sitzung ganz entschieden, sich der Straftat schuldig gemacht zu haben, sie kann sich nicht erklären, wohin die Marken gekommen sind, die noch durch mehrere Hände gingen über ihnen wenigstens zugänglich waren. Da jedoch das Mädchen schon einmal ein Raubmarkenbuch gestohlen hatte,

würde ihm der Diebstahl ohne weiteres zugetraut. Das Gericht sprach im Urteil aus, die Angeklagte habe sich die erste Befragung nicht zur Lehre dienen lassen, trotzdem sie die Herrschaft nach dem ersten Diebstahl noch im Hause behielt und ein Gedengeld erfolgreich beschwor. Die Anklage zum Stehen könne vielleicht nur durch eine empfindliche Strafe aufgehalten werden. Diese lautet auf 2 Monate Gefängnis. Beantwortet waren 3 Wochen. Es sollen für 1,50 bis 3,50 Mk. Marken gewesen sein. Ganz unbestimmt war die Aussage der Frau, die erst von 12, dann von 5 und schließlich von 3,50 Mark sprach, doch auch diese Summe stimmte nicht. Die Verteidigung hatte geltend gemacht, daß die Frau zur Stellung des Strafantrags nicht berechtigt gewesen sei. Diese Ansicht lehnte das Gericht von vornherein ab. — Hausfriedensbruch 6 Tage, Sachbeschädigung 6 Tage und Körperverletzung 3 Wochen, so lautete der Staatsanwaltsantrag gegen den Arbeiter S., der mit erhobenem Stuhl gegen eine Frau vorging und ihr eine empfindliche Wunde beibrachte. Außerdem schlug er eine Fenster Scheibe entzwei. Dies alles, weil ihm vom Ehemann der Mißhandlungen zugerufen worden sei: mach, daß du rauskommst, du Polad. Urteil: 3 Wochen Gefängnis. — Ein Denkfetzel. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde gegen den Tischlergesellen J. verhandelt, der in der Nähe von Dissa einer Dienstmagd unflätliche Zumutungen stellte. Er wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. — Seinen Kollegen bestohlen hat der jugendliche Schiffsheizer S., nachdem er mit ihm herumgezogen hatte. Mit den 105 Mark, die er aus dem Geldbeutel herausgenommen hatte, lebte er in fröhlicher Gesellschaft, bis der letzte Pfennig futsch war. Die Trunkenheit bei der Tat wird ihm etwas mildernd angerechnet, so daß er mit 6 Wochen Gefängnis davontammt. — Darf ein Agrarier das Fleisch kranken Viehes als Futter oder gar als Nahrungsmittel verwenden? Der Hospächter A. hatte einen kranken Gaul, der aber nach Aussage des Tierarztes wieder auf die Beine kommen würde. Da es nach Meinung des Besitzers schlummer wurde, ließ er das Tier schlachten und als Schweinefutter verwenden. Berendete oder wegen Krankheit getötete Tiere sind der Tierverwertungsanstalt zu übergeben. Da dies nicht geschah, stellte diese Anstalt Strafantrag. Der Angeklagte ist der Meinung, er könne mit seinen Tieren machen was er wolle, wenn er es im eigenen Haushalt verwende. Einer Untersuchung bedürfe das Fleisch selbst dann nicht, wenn er es der Familie und dem Dienstpersonal vorsetze. Es geschehe auf eigenes Risiko. Tatsächlich haben die Agrarier in dieser Beziehung freies Spiel. Der Staatsanwalt hält den Hospächter einer Uebertretung für schuldig, beantragt aber die Ladung eines weiteren Sachverständigen. Er wies ferner auf die Folgen hin, wenn dem Besitzer eines Tieres das Recht zustünde, alles im Haushalt zu verwerten, auch wenn ein Tier wegen gefährlicher Krankheit getötet worden sei. Dadurch könne ja das Dienstpersonal vergiftet werden. Das Urteil wird am 30. August verkündet.

Hinterlegungen. In der Zeit vom 18. bis 30. August ist die Hinterlegungsstelle des Amtsgerichts nur am Montag, Mittwoch und Sonnabend geöffnet.

Im falschen Hafen. Ein sonderbarer Vorfall ereignete sich im Hafen von Neustadt i. S. Kommt da ein schwerer Gasschoner, mit Steinen beladen, heran und erblickt sich einen Lotsen. Dieser übernimmt sein Führeramt und der Hafen wird flott erreicht. Hierauf fragt der schwedische Kapitän, ob denn noch kein Schlepper erschienen, um sein Schiff nach Lübeck zu bringen. Nun stellte sich der Irrtum heraus, er hatte den Neustädter Hafen mit der Einfahrt in die Trave verwechselt. Flugs wurde das Schiff gewendet und mit gutem Winde aus Nordwest ging es gen Travemünde.

Neues Stadttheater. Wenige Wochen trennen uns von der Eröffnung der kommenden Spielzeit. Eine Schar junger, aufwärtsstrebender Künstler harret und brennt auf der Augenblick, vor das Publikum zu treten um im fröhlichen Wettbewerb sich künstlerische Lorbeeren zu erstreiten. Auch für das äußere Bühnenbild ist viel Neues geschehen. Nach dem Muster der Münchener Shakespearebühne ist durch Schaffung eines neutralen Portales und eines Bühnenwagens die Möglichkeit geboten, schneller zu verwechseln. Der Zuschauer wird dadurch im Banne der Stimmung festgehalten und der Zusammenhang der Geschehnisse kommt ihm besonders einbringlich zum Bewußtsein. Das Bühnenbild selbst gewinnt eine stillere Bedeutung, die dem Wesensgehalt des betreffenden Werkes viel näher kommt als bisher. Eröffnet wird die Spielzeit mit einer Neuinszenierung von Goethes „Faust“ mit der dazugehörigen Musik von Felix Weingartner. Die erste Opernvorstellung ist „Fidelio“. Die neuengagierte hochdramatische Sängerin Frau Helene Osenberg, die bei ihrem Gastspiel als „Senta“ in Lübeck einen unbefruchteten Erfolg erzielte, wird die Titelpartie singen. Gleich die ersten vierzehn Tage bringen wertvolle Neuheiten. In der Oper: „Auszügen“, in der Operette: „Hohheit tanzt Walzer“, im Schauspiel: die reizende Komödie „Kammermusik“. Die Leistung des Lübecker Stadttheaters wird bemerkt sein, auch im neuen Spieljahr ein Gleichgewicht zwischen den Schöpfungen der heiteren und ersten Muse innezuhalten und keine Richtung, die irgendwie dramatisch Nuhbares enthält, soll prinzipiell ausgeschlossen bleiben. Der bisherige Verlauf der Abonnementzeit ist ein außerordentlich günstiger. Zu den bisherigen alten Freunden des Stadttheaters sind viele neue getreten, sodas schon jetzt ein sehr erfreuliches Resultat erzielt ist. Die Eröffnung des Tagesabonnements beginnt morgen am 27. August.

Selga. Wally, die liebenswürdige Darstellerin ernster und heiterer Mütterrollen am hiesigen Sommertheater, hat morgen, Mittwoch abend, ihr Benefiz. Zur Aufführung gelangt die Lustspiel-Neuheit „Wieselschänke“, die bereits an einer ganzen Reihe erster Bühnen mit lebhaftem Erfolg gegeben worden ist. Es ist zu wünschen, daß ein vollbesetztes Haus der Künstlerin, die stets eine tüchtige und zuverlässige Stütze des Ensembles war, für ihre hiesige Tätigkeit dankt.

pb. Fahrraddiebstahl. Gestern nachmittag gegen 4 Uhr ist in der Königstraße ein Fahrrad, ohne Marke, mit den vom Polizeiamt gelieferten Nummernschildern 1825 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell, ebensolche Felgen und nach oben gebogene Lenkstange. Auf derselben befindet sich eine kleine Glocke. Die Korngriffe an der Lenkstange sind beschädigt.

pb. Einbruch. In der Nacht vom 19. zum 20. ds. Mts. ist in Niendorf i. L. mittelst Einbruchs eine lange goldene Damenuhrfette gestohlen worden. Die Kette besteht aus feinen Gliedern und war ein Glied zerbrochen. An der Kette befindet sich ein Schieber in Herzform mit Perlen besetzt.

Lübecker Sommertheater. Man schreibt uns: Sonntag „Puppchen“ und Montag „Jinnzauber“ brachte zwei so überfüllte Häuser, daß an beiden Tagen zusammen 2600 Personen im Theater waren. Der Abchied von Jul. Heydecker gestaltete sich zu einem wahren Triumph für das Sommertheater. Damit nun die Operetten „Jinnzauber“ und „Puppchen“ auch weiterhin das Publikum entzünden, hat die Direktion einen der besten Operettentomiker, Herrn Fritz Langendorff vom Neuen Operettentheater in Mannheim und Straßburg i. G. engagiert, der Freitag als „Rufenfett“ zum erstenmal gastiert.

Kiel. Bezirks-Jugendtag für Schleswig-Holstein. Am Sonntag fand in Kiel der erste proletarische

Bezirks-Jugendtag der Arbeiterjugend Schleswig-Holsteins statt. Die Veranstaltung nahm einen glänzenden Verlauf und wird sicher für alle Teilnehmer eine bleibende Erinnerung sein. Schon am Sonnabend traf ein großer Teil der Gäste mit den Zügen in Kiel ein. Die Ankommenen wurden von Kieler Jugendlichen in Empfang genommen und in Quartieren untergebracht. Von dem am Sonnabend angekommenen Jugendlichen wurden, soweit es abends noch möglich war, die Kieler Jugendheime beschäftigt. Der Haupttrupp der Gäste traf erst am Sonnabendmorgen ein. Wohl zirka 400 Jugendliche aus allen Teilen der Provinz nahmen an der Veranstaltung teil, auch aus den Hansestädten Hamburg und Lübeck waren viele Teilnehmer erschienen. Der Sonntag vormittag diente der Belehrung. In verschiedenen Gruppen unter sachgemäßer Leitung wurden die verschiedenen Kunststätten Kiels, darunter auch das Stadttheater, besichtigt. Auch der Drucker der „Schleswig-Holsteinischen Volksztg.“ wurde ein Besuch abgestattet. Nachmittags machten die Teilnehmer des Jugendtages auf zwei großen Dampfern eine Fahrt auf der Kieler Außenförde. Von der Außenförde zurückgekehrt, legten die Dampfer bei Mönkeberg an und nun ging es nach Haffelfelde, wo gesellige Spiele veranstaltet wurden. Genosse Adler hielt dann eine Festrede, in der er die Ziele der Arbeiter-Jugendbewegung darlegte. Mit einem begeistert angenommenen Hoch auf die Arbeiter-Jugendbewegung schloß er seine Rede. Dann ging es wieder auf die Dampfer und zurück nach Kiel. Abends fand eine künstlerische Veranstaltung im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Gesangsvorträge des Chorvereins, des Opernsängers Herrn Kempf vom Stadttheater und Rezitationen wechselten miteinander ab. Genosse W. Breuer hielt eine Ansprache an die Teilnehmer, in der er die Ergebnisse des Jugendtages zusammenfaßte und die Hoffnung aussprach, daß recht bald das Ziel erreicht werden möge: ein gleiches, freies und glückliches Menschengeschlecht. Die Arbeiterturner beschlossen den Abend mit einer Anzahl gut gelungener Pyramiden. Am Montag morgen brachten etwa 70 Jugendliche aus Hamburg der Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ noch ein Ständchen durch Vortrag mehrerer Wanderlieder. Dann zogen sie weiter, um noch eine mehrtägige Juktour durch das östliche Holstein zu unternehmen. Der erste Jugendtag ist prächtig verlaufen und hat allen Teilnehmern gute Anregungen gegeben. Es liegt nun an jedem einzelnen, diese im Interesse der Arbeiter-Jugendbewegung nutzbringend zu verwerten.

Kiel. Ein Lehrer als Sittenverbrecher. Die Strafkammer verurteilte heute den Garnisonschullehrer Tieg aus Friedrichsort bei Kiel wegen Sittenverbrechens, begangen an seinen Schülerinnen, zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

Wenigster. Eine Familie an Vergiftungserscheinungen erkrankt. In der in der Berchstraße wohnenden Familie Brandt sind am Mittwoch die Mitglieder der Familie sämtlich unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Die Familie hat junge Erben geoffen; es ist anzunehmen, daß dazu anstatt Petersilienkraut Schierling genommen worden ist. — Nach dem Genuß von übergebenem Gurkensalat verstarb die 33jährige Ehefrau des hiesigen Lederfabrikanten Carl Wiese.

### Theater und Musik.

Im Sommertheater in den Stadthallen verabschiedete sich gestern abend Herr Heydecker vom hiesigen Publikum. Das Haus war brechend voll, ein Beweis dafür, welche Beliebtheit der Künstler sich im Laufe der vier Jahre seiner hiesigen Wirksamkeit zu erringen vermocht hat. Und Heydecker verdient dieses Interesse im weitesten Maße. Aus einem Verdenden, der hierher kam, ist ein vollblütiger Künstler geworden. Seine Schöpfungen zeugen von vielseitiger Gestaltungskraft und strömten einen so goldenen Humor aus, daß uneingeschränkte Anerkennung meistens der Lohn war. Bei alledem ist Heydecker ein bescheidener Künstler geblieben, dem sicherlich geschmacklose Klame und kritische Lobhudelei, wie sie leider nicht immer ausbleiben, sehr zuwider sind. Gestern abend dankte ihm das Publikum noch einmal in stürmischer Weise. Wenn Heydecker im nächsten Jahre wiederkehrt, darf er der herzlichsten Begrüßung sicher sein. P. L.

### Literarisches.

Umgang mit Kindern. Grundzüge — Winke — Beispiele. Von Otto Kühle. Verlag der Buchhandlung „Götlicher Volkszeitung“. Preis 20 Pfg. Die sozialistische Pädagogik ist theoretisch erst in den äußersten Umrissen abgeleitet, praktisch liegt sie noch ganz in den Anfängen. Immer unerträglicher aber wird für proletarische Kreise, die zum Sozialismus erwacht sind und seinen Geist auch in der Kindererziehung lebendig werden lassen möchten, die Abhängigkeit von der Tradition der bürgerlichen Pädagogik. Sie gilt es zu überwinden. Genosse Kühle hat die in seiner Erziehungsbeilage bisher veröffentlichten Unterleutungen und Beispiele, wie eine praktische Pädagogik im Sinne der sozialistischen Weltanschauung im Hause angebahnt werden kann, gesammelt und in dem vorliegenden Büchlein herausgegeben. Alles ist frisch geschaut, klar gedacht und anschaulich zum Verständnis gebracht. Proletarische Eltern werden für den Umgang mit ihren Kindern aus dem billigen und schmutz ausgefärbten Büchlein viel wertvolle Belehrung schöpfen und Anregungen empfangen.

## Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich - genossenschaftliche  
Versicherungs - Aktien - Gesellschaft.

**Bureau: Johannisstr. 48, pt.**

**Geöffnet: Wochentags  
abends von 7 1/2—9 Uhr.**

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfsstärkern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Hochzeit danken herzlich **Karl Bornemann und Frau Frieda, geb. Orbahn.** (6327)

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zu unserer Hochzeit danken herzlichst (6325)  
**B. Witter u. Frau, geb. Fick.**

Statt besonderer Anzeige.

Am Sonntag morgen 6 Uhr entschlief sanft nach langem Leiden mein lieber Mann, unser Vater

**Joachim Möller**

im 66. Lebensjahre. (6336)  
Aufs tiefste betrauert von mir und meinen Kindern.

**Auguste Möller, geb. Unger.**  
Lübeck, d. 25. August 1913.  
Die Trauerfeier findet am Donnerstag, d. 28. August, nachmittags 3 1/4 Uhr, in der Kapelle Vorwerk statt.

Deutscher

**Transportarbeiterverband**  
Mitgliedschaft Lübeck.

**Nachruf.**

Am Sonntag, dem 24. August starb unser langjähriges Mitglied, der Arbeiter

**Joachim Möller**

(Sektion Flußschiffer)  
im Alter von 65 Jahren.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, d. 28. August, nachmittags 3 1/4 Uhr, von der Kapelle Vorwerk aus statt. Sammelplatz der Kollegen beim Kollegen Paul Lindenberg, Strampelsdorf. Abmarsch dafelbst präzis 3 Uhr. (6342)  
Um recht zahlreiche Beteiligung erlucht  
**Der Vorstand.**

**Dankagung.**

Für die große Beteiligung und zahlreichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen hiermit offen, die uns ihre Teilnahme erwiesen, herzlichsten Dank.  
**Anna Spahrhler, geb. Holst,**  
(6346) und Kinder.

Ges. z. l. Okt. v. 19. Leuten eine 2-Stuben-Wohn. mit heller Küche in d. Stadt. Preis 200 Mk. Ang. z. K S 100 an die Exp. d. Bl. (6328)

Ges. für Lübeck und Umgegend zum 1. Okt. Laden mit Wohnung, pass. für Barbier-Geschäft. Ang. u. U M an die Exp. d. Bl. (6329)

**Ein Kinderwagen**

zu verkaufen. (6344)  
Waldenstr. 33, II.

**Ein fast neuer Kinderwagen**  
billig zu verkaufen. (6328)  
Waldenstr. 33, bei der Siegelstr.

Verloren e. Fe. Flasche (Gehäuseflasche) a. d. Chaussee v. Travemünde. 1 Mk. Belohn. Abzug. b. Krebs. Travemünde od. Arminstr. 42b. (6338)

**Schlaf-Esel**

billig zu verkaufen. (6335)  
Waldenstr. 33, II.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft Fischergr. 52. (184)



gegen Gutscheine v. 5 Pfd. 3 neu-silb. Teelöffel usw., 10 Pfd. 1 Paar Ia. Solinger Messer u. Gabel od. 3 neu-silb. Eßlöffel usw. (220)  
Schumann & Wille, Wittenberge.

**Holsten-Meierei**

Fernruf 2336 Wickedestr. 44  
empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.

Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (186)

**Weck-Uhren**

6333) Mehrjährige Garantie.  
Reparatur. vorherige Preisangabe.  
**H. Schultz, Uhrm. u. Goldschm.,**  
ob. Johannisstr. 20.

Prima Jg. Ziegenfleisch Pfd. 40 Pfg. (6334)  
Mittwoch Markt. Stand 29.

Englich (6330)  
**frische Bücklinge.**  
**Otto Wiesner, Kottwischstr. 27a.**

**Achtung!**  
**Billige Zwetschen**  
10 Pfd. 90 Pfg. (6345)  
solange der Vorrat reicht. Arminstr. 31.

**Kränze**  
**Buketts u. Girlanden**  
6055) liefert billigst  
**Fr. Schmidt**  
Bülowstraße 11, Maril und  
Dornstraße 16 a, Holstentor.  
Fernsprecher 1113.

**Carl Folkers**  
**Möbelmagazin**  
25 Marlesgrube 25.

**Vollst. Wohnungseinrichtungen.**  
Selbstgefertigte Arbeiten.  
Größte Auswahl.  
1) Billigste Preise.  
Weitgehendste Garantie.  
Zimmereinricht. stets vorrätig.  
Lieferung frei Haus  
auf eigenem Möbelwagen.  
: Teilzahlung gestattet :  
Bei Barzahlung Rabatt.  
Gabe rote Lubeca-Rabattmarken.

**Nur noch in dieser Woche**

gellen die

**ermäßigten Preise**

für alle Sorten

**Brennmaterialien.**

Lieferung von nur (6347)

wirklich erstklassigen Qualitäten  
— frei Haus. —

**Christian Gäde**

Obere Fischergrube 4. Fernsprecher 242.



**Gedenkblatt**

zur 50-jährigen Jubiläumsfeier der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von  
**Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46**  
und deren Kolporteurs.

**„CINES“**  
**Hansa-Theater**

**Variété und**  
**Lichtspiele**

in künstlerischer Vollendung

**Eröffnung**  
**29. August**

Sitzplätze von 50 Pfg. an aufwärts

6332

**Konzerthaus Fünfhausen.**

Morgen Mittwoch: **Gr. Tanzkränzchen.**

Freitag: **Tanzkränzchen.** (6343)

Lübecker  
**Genossenschafts-Bäckerei**  
e. G. m. b. H.

Ordentliche

**General-Versammlung**  
am 1. September 1913

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- u. Kassenbericht vom 2. Quartal 1913.
  2. Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes.
  3. Bewilligung von 8000 Mk. zur Anschaffung einer automatischen Brotteich-, Wirk- und Abwiegemaschine.
- Anteilscheine legitimieren.  
**Lübecker**  
**Genossenschafts-Bäckerei**  
e. G. m. b. H.  
6340) **Der Vorstand.**

**Verband der**  
**Sabritarbeiter Deutschl.**  
Zahlstelle Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung**  
am Mittwoch, 27. August  
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
  2. Abrechnung vom Sommer-Vergnügen.
  3. Befanntgabe der vom Gewerkschaftsstell aufgenommenen Statistik.
  4. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
6339) **Die Ortsverwaltung.**

**Achtung!**

Deutscher

**Bauarbeiter-Verband**  
(Jugendabteilung).

**Zusammenkunft**  
am Mittwoch, d. 27. August  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
6337) **Die Jugendkommission.**

**Touristen-Verein.**

**Die Naturfreunde**  
6331) Mittwoch, 27. August.

**Schwartau-Rensefeld.**

**Frauen-Versammlung**  
am Mittwoch, d. 27. August  
im Lokale von Frau Pinkert  
(Gasthof Transvaal).  
Zahlreiches Erscheinen erwünscht  
6348) **Die Vertrauensperson.**

**Lübecker Sommer-Theater**  
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert  
Mittwoch, den 27. August:  
Benefiz für Helga Bally  
**Wieselchen.**

Lustspiel-Novität in 3 Akten  
von Leo Lenz.  
Repertoirestück der meisten Bühnen.  
Donnerstag, den 28. August:  
**Standhafte Liebe.**

Verlustspiel von G. Kruse.  
Abt v. St. German — Ernst Albert  
Freitag, den 29. August:  
Gastspiel des bekannten Operetten-  
komikers Fritz Langendorf  
vom neuen Operettentheater  
Mannheim und Straßburg i. Elz.  
als Musenfest in  
**Filmzauber.**

Sch habe die großen Kosten nicht gescheut, um für Julius Heydecker einen der besten Vertreter dieses Faches bis Schluß der Saison zu engagieren.  
6341) Anfang stets 8 1/4 Uhr.

**Hintze & Stech**

Größte Möbelfabrik Lübecks

empfehlen

332

**Wohnungseinrichtungen.**

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen  
gegen bar in der Fabrik:

Moisinger Allee 60.



**Meierei Schwartau**

Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144

liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art  
in bester Qualität. (338)

**Beerdigungsinstitut G. Mütter**  
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Übernahme ganzer Beerdigungen.  
Größtes Lager in Särgen, Grabstätten, Metall-, Perl- u. Blattränzen.  
Einkleidungen jeder Art. Billigste Preise.

## Die Steuerfrage.

Wir veröffentlichen im folgenden die Leitfäden und die Resolution, die der Referent Genosse Wurm dem Parteitag zum Punkt 5 der Tagesordnung vorlegt.

### 1. Leitfäden zur Steuerfrage.

In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Verteilung der Steuerlast eine politische Machtfrage: Die politisch stärkere Klasse legt die Steuern auf die politisch schwächere und vergrößert dadurch noch die im Wesen des Kapitalismus liegende Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratie fordert die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhende Gesellschaft wird gebildet durch die drei großen Klassen:

Die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Lohnarbeiter,

Die Eigentümer von Kapital, die Kapitalisten,

Die Eigentümer von Grund und Boden, die Grundbesitzer.

Demgemäß entstammen die Einnahmen aus Lohnarbeit, Profit und Grundrente.

Die Erhebungsform der Steuer, ob direkt oder indirekt, ist nicht entscheidend für ihre Wirkung, das heißt für die Frage, wen die Last der Steuer tatsächlich trifft.

Steuern, die der Besteuerter tragen muß, sind direkte; Steuern, welche die Produktionskosten in gleichförmiger Weise so beeinflussen, daß dadurch die Warenpreise erhöht werden, sind indirekte, sie werden vom Besteuerter auf einen Dritten überwältigt.

Ob eine Steuer direkt oder indirekt wirkt, steht daher nicht ein für allemal fest, sondern wechselt je nach den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten.

Ausschließlich der Mehrwert (Grundrente, Leihzins, Unternehmergewinn) darf besteuert werden.

Der Mehrwert wird unmittelbar getroffen durch Steuern auf Einkommen und Vermögen. Soweit diese nur aus Arbeitslohn stammen, müssen sie steuerfrei bleiben, und zwar weit über das von der heutigen Steuergesetzgebung freigelassene Existenzminimum hinaus.

Die aus Mehrwert stammenden Einkommen und Vermögen sind verhältnismäßig um so höher zu besteuern, je größer sie sind (progressive Besteuerung).

Einkommen aus Vermögen (fundiertes Einkommen) ist höher zu besteuern als nicht fundiertes (Ergänzungssteuer). Besitz, der zum Erwerb des Lebensunterhalts erforderlich ist, muß steuerfrei bleiben.

Steuern auf Einkommen aus bestimmten Quellen (Lohn, Gehalt, Besoldung, Beruf u. a.), Arbeitsertragssteuern, sind kein Ersatz für eine allgemeine Einkommensteuer, zumal da sie gerade den Mehrwert, den Unternehmergewinn, freilassen und nur ertragsreich sind, wenn sie auch das Arbeitseinkommen treffen; das gilt auch für die Wehrsteuer auf Dienstuntaugliche.

Direkt wirkt als Besitzsteuer, trotz indirekter Erhebung, die Kapitalrentensteuer, die die Erträge gewinnbringender Kapitalanlagen trifft: Leihzins von Schuldverschreibungen, private und öffentliche (Staat, Gemeinde usw.), Dividenden von Aktiengesellschaften (Dividenden- oder Kuponsteuer), Zantimen (Bergütungen der Aufsichtsratsmitglieder von Aktiengesellschaften).

Diese Steuern können aber nur eine Ergänzung der Einkommen- und Vermögenssteuer sein, zumal sie das immobile Kapital (Grundbesitz) völlig freilassen.

Eine direkte Besitzsteuer ist auch die Vermögenszuwachssteuer, doch muß sie sowohl das mobile, als auch das immobile Kapital (Grundbesitz) treffen, progressiv sein und ein Zuwachsminimum, soweit es aus Arbeitseinkommen entflanden ist, freilassen.

Die Vermögens- und Güterübertragung (der Rechtsverkehr) wird durch die Verkehrssteuern getroffen, die ihrer Erhebungsart nach indirekte Steuern sind.

Stets direkt wirkt aber die Erbschaftsteuer, eine unpersonliche Vermögenssteuer, die nicht von der Person des Erblassers, sondern aus der Hinterlassenschaft (also indirekt) erhoben wird.

Als Erbanfallsteuer, bei der der Anteil jedes einzelnen Erben besonders besteuert wird, bleibt ein größerer Teil des Erbes als Erbschaftsminimum steuerfrei. Ertragsreicher ist die Erbschaftsteuer als Nachlasssteuer, bei der die Hinterlassenschaft als Ganzes besteuert wird.

Durch die Erbschaftsteuer kann auch die Hinterziehung von Einkommen- und Vermögenssteuern aufgedeckt werden. Ergänzt wird die Erbschaftsteuer durch die Besteuerung der Schenkungen an Lebende, da sie die Hinterziehung der Erbschaftsteuer verhindert.

Nicht immer überwältigbar ist die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Gebäuden und Bauplätzen, da diese Steuer ungleich die Objekte trifft, je nach der wechselnden Höhe des Gewinns.

Leichter auf Pächter oder Mieter überwälzbar ist dagegen die Grundstücksumlagesteuer, die gleichmäßig vom Verkaufspreis eines Grundstücks erhoben wird.

Entscheidend sind also die örtlichen Verhältnisse. Mithin muß den örtlichen Verwaltungen (Gemeinden) die Einführung oder Aufhebung dieser Steuern zustehen, allerdings unter der Voraussetzung, daß nicht die Interessen der Hausbesitzer in den Gemeindeverwaltungen maßgebend sind.

Umsatzsteuern auf das mobile Kapital werden in Form von Stempelsteuern erhoben. Sie sind abzulehnen, soweit sie Handel und Verkehr erschweren, störend auf den Arbeitsmarkt wirken oder vom Besteuerter auf Dritte überwältigt werden, die die wirtschaftlich Schwächeren sind, oft sogar sich in Notlage befinden. So sind z. B. abzulehnen die Stempelsteuern auf Kaufverträge, Darlehen, Quittungen, Wechsel, Schecks, Frachtkunden, Fahrkarten. Dagegen können Steuern auf Spekulations- und Gründergewinne zulässig sein.

Sehr wechselnd in ihren Wirkungen, je nach den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten, sind diejenigen Ertragssteuern, die auf den Ertrag einzelner Arten der Einkommengewinnung gelegt sind, und zwar die Anknüpfung an die Mittel (Objekte) zur Einkommengewinnung: Grundbesitz, Gebäude, Leihkapital, Handel und Gewerbe (Objekt- oder Realsteuern). Sie können nur zur Ergänzung der Einkommen- und Vermögenssteuer dienen, niemals diese ersetzen; vielfach kann sie der Besteuerter auf Dritte überwälzen.

Die landwirtschaftliche Grundsteuer wirkt nur dann direkt auf den Besitzer, wenn das Angebot von Bodenprodukten größer ist als die Nachfrage, so daß die Steuer nicht auf den Preis der Produkte geschlagen werden kann.

Dies ist der Fall, seitdem der Weltmarkt die Preise festsetzt, soweit nicht durch Grenzsperrten Grundbesitzmonopol erhalten bleibt.

Die Grundsteuer wirkt jetzt als Besteuerung der Grundrente, also direkt auf den Grundbesitzer, der sie nicht abwälzen kann; mithin, da die Grundsteuer die Grundrente vermindert, also auch den Preis des Bodens, bewirkt die Grundsteuer die Übertragung der Grundrente auf die Gesamtheit. Umgekehrt: jede Ermäßigung oder Aufhebung der Grundsteuer wirkt als ein Geschenk an die Grundeigentümer.

Die Veranlagung zur Grundsteuer muß nach dem gemeinen Wert (Verkehrswert, Marktwert) erfolgen, nicht nach dem Ertragswert, weil dieser nur in größeren Zwischenräumen festgestellt wird, daher oft weit hinter dem wirklichen Ertrage zurückbleibt.

Solange die Grundsteuer nach dem Ertragswert erhoben wird, bedarf sie der Ergänzung durch die Bodenwertzuwachssteuer, die aber nicht erst beim Verkauf eines Grundstücks, sondern regelmäßig in bestimmten Zwischenräumen erhoben werden muß. Auch sie wirkt bei landwirtschaftlichen Grundstücken direkt als Besteuerung des Mehrwerts.

Die Gebäudesteuer und die Steuer auf unbebautes Baugrund (Bauplatzsteuer) dagegen wird nicht stets vom Besitzer der Gebäude und Bauplätze getragen, so daß sie direkt als Besitzsteuer wirkt, sondern: Wenn die Nachfrage nach Woh-

nungen größer ist als das Angebot, kann sie zuletzt auf die Mieter überwältigt werden. Aufhebung der Gebäudesteuer aber wirkt doch nur zugunsten der Hausbesitzer.

Die Wohnungssteuer oder Mietssteuer kann auf den Vermieter zurückfallen, wenn das Angebot von Wohnungen größer ist als die Nachfrage. Zumeist aber muß sie der Mieter tragen, dem dadurch ein notwendiges Bedürfnis besteuert wird ohne Berücksichtigung seines allgemeinen Einkommens und Vermögens, da gerade die ärmere Bevölkerung verhältnismäßig mehr für Miete zahlen muß, als die wohlhabende, und kinderreiche Familien eine größere Wohnung brauchen als kinderlose.

Deshalb kann der Mietspreis auch nicht zur Grundlage für eine Einkommenbesteuerung dienen.

In gleicher Weise wirkt die Fenster- und Türensteuer, die auch gesundheitliche Nachteile für die Mieter bringt.

Eine direkte Steuer ist die Gewerbesteuer, die den Netzertrag der gewerblichen Tätigkeit erfassen soll, ihn aber, da sie nach äußeren Merkmalen veranlagt wird (Anlage- und Betriebskapital, Umsatz) nicht richtig treffen kann, so daß die Schwächeren meist zu hoch besteuert werden.

Sondergewerbesteuern, durch welche die wirtschaftlich starken Gruppen getroffen werden, wie durch die Wanderlagersteuer, Warenhaussteuer, Warenumschlagsteuer werden auf die Konsumenten und Lieferanten abgewälzt, während die Besteuerung der wirtschaftlich Schwachen, wie bei der Haussteuer und vielfach bei der Konzeptionssteuer für Gast- und Schankwirtschaften, diese mit voller Wucht trifft.

Die Aufhebung der Gewerbesteuern ist aber, solange nicht durch genügende Einkommen- und Vermögenssteuer mit Deklarationszwang Ersatz geschaffen ist, oft ein Geschenk an die Gewerbetreibenden, ohne Nutzen für die Konsumenten.

Indirekt nach Erhebungsform und Wirkung sind die Verbrauchsabgaben (Aufwandsteuern), die Steuern auf den Verbrauch von Salz, Bier, Branntwein, Zucker u. a. m. Der Produzent läßt sich nicht allein den Betrag dieser Steuern, sondern meist noch einen Aufschlag von dem Verbraucher der Produkte wiedererstaten, da dieser zumeist der wirtschaftlich Schwächere gegenüber dem Produzenten ist.

Damit nicht der Konkurrenzkampf der Produzenten die Heberwältigung der Steuer auf die Konsumenten aufhebt oder einschränkt, wird oft noch durch die Steuergesetze die Produktion niedriger begrenzt als die Nachfrage (kontingentiert) und gleichzeitig die über die Begrenzung hinaus produzierte Ware, das Ueberkontingent, mit einer höheren Steuer belegt, so daß die Nachfrage auch die höher besteuerte Ware benutzen muß.

Das hat zur Folge, daß die gesamte Ware, auch die niedriger besteuerte, mit dem höheren Steuersatz verkauft wird, mithin der Unterschied zwischen der höheren und niedrigeren Steuer dem Produzenten zugute kommt (Liebergabe). Die scheinbare Strafsteuer für die Ueberproduktion ist also in Wirklichkeit eine Strafsteuer für die Konsumenten und eine Fürsorgegesetzgebung für die Produzenten, zumal sie gleichzeitig deren Kartellierung begünstigt und dadurch noch weitere Preissteigerungen ermöglicht.

Die Verbrauchsabgaben belasten den Ärmern im Verhältnis zu seinem Einkommen stärker als den Wohlhabenden und Reichen.

Verbrauchsabgaben auf den Luxus der reichen Leute, Luxussteuern, bringen auch bei hohem Steuersatz verhältnismäßig nur geringe Einnahmen, während sie auf die Produktion der Luxuswaren und damit auf die Lage der Hersteller derselben, wie auf den auswärtigen Handel schädigend wirken können.

Wie die Verbrauchsabgaben wirken auch die Zölle auf Nahrungs- und Genussmittel und auf Verbrauchsgegenstände als indirekte Steuern, welche die ärmsten Konsumenten verhältnismäßig am schwersten belasten.

Wie eine indirekte Besteuerung wirken auch Staats- oder Gemeindefiskale, sofern sie auf ihre Waren mehr als den üblichen Gewinn aufschlagen, also in verkappter Form Steuern erheben.

## Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(6. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Dummes Geschwätz! Man kann alles, sag' id dir, und einen Menschen verhungern lassen, det is ja kein Kunststück in unserer heitigen Zeit! Passiert bei uns in Berlin alle Tage! Meenste denn, wenn de einen saacht, det de int Zuchthaus jwesen werst — der würde dir in de jute Stube rintommen lassen und sagen: Nehmen Se man Platz — id bringe Ihnen de Arbeit gleich uff'n Präsentiertisch? Na, da kennste de Menschen schlecht!“

Haltmann stöhnte. Dieser alte Zyniker von der Landstraße hatte zweifellos recht!

„Aber was soll ich tun um Gottes willen?“ fragte er, mehr zu sich als zu dem andern gewendet.

„Wat de dun sollst? Na weeste, wenn dir so wille an de dumme Arbeit liejt, denn derste ebent de Zeit nich sagen, det de ent Zuchthaus jwesen bist!“

Haltmann horchte hoch auf.

„Das soll ich nicht sagen?“

„Na, natterlich nich, Schafstopp! Wat jecht denn det eenen andern an, wo de warst?“

„Aber wenn man mich fragt?“

„Denn saachtste, du werst krank jwesen oder de hättest von deine Renten jlebt — irjendeenen fetten Kohl mußte de Leite doch vorjehen —“

„Wenn sie dann aber hinterher doch die Wahrheit erfahren?“

„Na jut! Denn laß je doch! Denn kenn je Dir heechstiens rauschmeijen! Und wenn de so wille Lust an de Arbeit hast, wie de mir hier inreden willst, denn kannte ja, bis die andern det rauskrijeen, schon so fleijig jwesen sin, det — na ja, det je dir liebjewonnen haben und dir trotz alledem behalten!“

Wie ein Evangelium, eine neue, frohe Botschaft klang das, was der alte Zyniker da sagte. In der Tat, wenn er die erlittene Strafe verschwiege, wenn er dann Arbeit fand, wenn er in seiner Stellung sich das Vertrauen und die Zuneigung seiner Arbeitgeber erwarb — ob man ihn „rauschmeijen“ würde, sobald man etwa durch irgendeinen Zufall von seiner Bestrafung erfuhr? Und was er denn eine Sünde, wenn er sein Schicksal verschwiege? Handelte er nicht vielmehr in Notwehr gegenüber einer harten und unbulbsamen Voreingenommenheit, wenn er die Wahrheit unterdrückte, die seine ganze Existenz gefährdete? Konnte es für ihn eine

Rechtspflicht geben, gewissermaßen selbsttätig an seinem Untergang mitzuwirken?

„Nein!“

„So laut jähre er, aus seinen Gedanken auffahrend, dieses Wort, daß alle im Saale erstaunt sich nach ihm umwandten.“

„Na, nu werde man nich deemlich!“ sagte sein Nachbar.

„Weeste — verrät sind und int Zuchthaus jwesen sin, det jecht nich! Gens gibt's man bloß — det eene oder det andre — beedes zusammen is zu wille für eenen Menschen! Und nu jehab dir wohl — id muß mir 'n paar Fennje Geld zusammenbeteln, sonst kommt der Dalles!“

Damit erhob sich der Philosoph von der Landstraße und ging langamen Schrittes zur Tür hinaus.

Haltmann aber blieb in tiefem Sinnen zurück, aus dem er erst auffuhr, als sich eine Hand auf seine Schulter legte.

Er sah sich um. Der Hausvater stand hinter ihm.

„Suchen Sie nicht eine Beschäftigung mit schriftlichen Arbeiten, Herr Haltmann?“ fragte er ihn.

Wie elektrisiert sprang der Angeredete auf.

„Gewiß! Sofort! Wo?“

Lächelnd betrachtete der Hausvater den Eifrigen.

„Kommen Sie doch mal mit in mein Zimmer!“

Er ging voran. Laut schlagenden Herzens folgte Haltmann. Stand er am Wendepunkt seines Schicksals?

Drinne im Privatzimmer des Hausvaters befand sich ein elegant gekleideter junger Herr mit frischem, lebenslustigem, freundlichen Antlitz.

„Das ist der junge Mann!“ sagte der Hausvater, Haltmann vorstellend. „Ich glaube, Sie werden ihn brauchbar und willig finden!“

Dann ging er hinaus und ließ die beiden für ihre Verhandlung allein.

„Ich bin der Rechtsanwalt Doktor Grajner und bin in Verlegenheit um einen Kanzleihilfen. Ich habe mich erst vor kurzem hier niedergelassen, und heute ist mein bisheriger Gehilfe plötzlich fortgeblieben. Da ich dringende Arbeiten habe, muß ich sofort Ersatz schaffen; und von einem Kollegen erfuhr ich, daß zuweilen hier in der Herberge arbeitende Schreibgehilfen anwesend seien. Der Hausvater hat mir Sie genannt und als ruhigen Mann empfohlen. Haben Sie Lust, die Stellung anzunehmen? Sie erhalten eine dauernde, angenehme Beschäftigung von morgens acht bis eins und nachmittags von drei bis sechs Uhr; ich zahle Ihnen monatlich hundertundzwanzig Mark als Anfangsgehalt? Sind Sie bereit?“

„Von Herzen gern!“

In solcher überströmenden Leidenschaft waren diese Worte herausgestoßen, daß ihn der Rechtsanwalt erstaunt anjah.

„Ja, ich brauche Arbeit, um leben zu können!“

Doktor Grajner nickte zustimmend.

„Welche Bildung haben Sie?“

„Ich habe das Zeugnis für den Einjährig-Freiwilligen-Dienst!“

„Wo waren Sie früher tätig? Haben Sie eine Ahnung von der Tätigkeit in einem Rechtsanwaltsbureau?“

„Gewiß! Ich kenne alles und kann auch selbständig arbeiten!“

„Wo haben Sie denn gelernt?“

„Bei Justizrat Ebel in K.“

„Ah! Bei dem trefflichen alten Herrn. Ich kenne ihn aus der Zeit, da ich am Landgericht in K. tätig war. Er ist ja leider tot! Haben Sie ein Zeugnis von ihm?“

„Gewiß!“

Er reichte das Schriftstück hin. Der Anwalt las es, und ein freundlicher Blick traf Haltmann.

„Ein glänzendes Attest, und um so höher zu schätzen, als der alte Justizrat ein farger Ober war. Aber — wo waren Sie in der Zwischenzeit?“

„Einen Augenblick stockte der Gefragte, dann antwortete er ruhig und gleichmütig:“

„Auf einem Schiffe des Norddeutschen Lloyd!“

„Also ein Weltumsegler?“

Haltmann nickte.

„Wohin sind Sie denn gefahren?“

„Eine leise verräterische Röte flog doch in Haltmanns Wangen, als er entgegnete:“

„Nach Nord- und Südamerika!“

„Da haben Sie mehr gesehen als ich. Als was waren Sie denn auf dem Schiffe tätig?“

„Als Buchhalter und Rechnungsführer!“

Leise knirschte Haltmann mit den Zähnen. Wie leicht doch dieses Lügen ging! Er hätte sich in Grund und Boden kampfens mögen, daß er den vertrauensvollen Mann da so schamlos anlog.

Und jetzt mußte die Frage nach den Papieren über die angebliche Tätigkeit beim Norddeutschen Lloyd kommen —

Gewiß, die mußte kommen! Und dann wurde wieder alles vorbei sein!

Aber nein — es geschah ein Wunder: die bang erwartete Frage kam nicht.

Vielmehr erhob sich der Doktor Grajner vom Stuhl. Und nun kam etwas, was dem gequälten Herzen Haltmanns als etwas Ungeheures erschien: der junge Anwalt streckte ihm die Hand entgegen.

## II. Resolution zur Steuerfrage.

Der Parteitag fordert gemäß Punkt 10 des Parteiprogramms:  
Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Besteuerung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind; Selbstversicherungspflicht; Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes, und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Ferner erklärt der Parteitag:  
Der Bedarf der Bundesstaaten ist durch Zuschläge zu den direkten Reichsteuern zu decken.

Für die Deckung des Bedarfs der Gemeinden ist gemäß den Beschlüssen des Parteitags zu Bremen zu fordern:

Staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wohlfahrtswesens.

Zuschläge zu den staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern. Wo derartige staatliche Steuern nicht existieren, soll den Gemeinden das Recht zustehen, besondere kommunale Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern auszubilden.

Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden.

Der Parteitag erklärt weiter:

Für die Bewilligung von Steuern in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden ist aber nicht allein maßgebend die Art der Steuern, sondern auch ihr Verwendungszweck.

Gemäß dem Beschluß von Nürnberg 1908 ist jeder gegenwärtigen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtanweisung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde. In gleicher Weise ist auch jede direkte Steuer, selbst wenn sie allein den Mehrwert trifft, von unseren Genossen abzulehnen, falls der Verwendungszweck den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht, es sei denn, daß die Ablehnung der direkten Steuern durch unsere Genossen die Annahme der bekämpften Vorlage nicht hindert und eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde.

Entsprechend unserer Programmforderung haben unsere Genossen in den Parlamenten stets darauf hingedringt, daß bestehende indirekte, die Arbeiterklasse belastende Steuern abgeschafft und durch direkte ersetzt werden, ohne Rücksicht darauf, zu welchen Zwecken die Staatseinnahmen verwendet werden.

Demgemäß haben sie auch zu verhindern, daß neue indirekte Steuern auf die Arbeiterklasse gewälzt werden, und wenn dies nur durch Zustimmung zu direkten Steuern zu erreichen ist, haben sie dafür zu stimmen, da dann der Verwendungszweck der direkten Steuern nur noch der Ersatz indirekter Steuern ist.

Emanuel Wurm.

## Aus der Partei.

**Hugust Bebel.** (Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter.) Mit diesem Titel wird im Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin, eine ca. 80 Seiten starke Broschüre vorbereitet, die den Genossen Hermann Wendel zum Verfasser hat. Außer einem Vorwort wird die Arbeit folgende Kapitel enthalten: Kindheit, Lehr- und Wanderjahre. — Vom Leipziger Bildungsverein zum Eisenacher Kongress. — Der Hochverräter. — Unter dem Schandgesetz. — Von Bismarcks Sturm bis Liebknechts Tod. — Die Jahre der Erfüllung. Die Ausgabe wird in ca. 14 Tagen erfolgen.

**Bebels Freund Ullmann.** In den Berichten anlässlich des Todes Bebel's ist mehrfach die Rede von seinem Freunde Ullmann gewesen. Den wenigsten Parteigenossen wird etwas über die Person dieses besten Freundes Bebel's bekannt sein. Hermann Ullmann wohnt in Frankfurt a. M. und ist jetzt schon ein älterer Herr. Er ist seit vielen Jahren Mitglied der sozialdemokratischen Partei, ohne sich jedoch jemals öffentlich betätigt zu haben. Ullmann war Angestellter eines großen Frankfurter Handelshauses, dessen Inhaber ihm eine Rente von 12 000 Mk. aussetzte. Wohl die Hälfte dieser Summe hat Ullmann durch Vermittlung von Bebel der sozialdemokratischen Partei zugute kommen lassen. Diesen praktischen Sozialismus des Freundes hat Bebel stets hochgeschätzt.

„Also abgemacht! Seien Sie mir ein zuverlässiger, gewissenhafter und diskreter Mitarbeiter — dann wird das mein Schade nicht sein, aber auch jünger der Ihre nicht!“  
Haltmann neigte nur sein Haupt.

Dann sagte Doktor Graßner:  
„Sie können Ihre Stelle sofort antreten! Je eher, um so lieber ist es mir!“

„Ich komme sofort, Herr Rechtsanwalt!“

„Wo wohnen Sie?“

„Vorläufig noch hier im Hause! Aber ich werde mir heute irgendwo ein kleines Zimmer mieten!“

Keinem Bureau gegenüber wohnt eine alte, brave Witwe, die Zimmer vermietet — ich glaube, das wäre etwas für Sie! Darüber sprechen wir noch — also auf Wiedersehen nachher in meinem Bureau Wallstraße 18.“

Mit freundlichem Grusse ging der Rechtsanwalt. — Karl Halimann aber jauchzte auf:

„Gefunden! Nun bist du da, du schönes, herrliches Glück, nach dem ich mich geistlich habe zwei lange Jahre hindurch! Und mit Eisenarmen will ich dich halten!“

Der Hausvater trat ein.

„Sie sehen ja sehr vergnügt aus, Herr Halimann!“

„Ich bin es auch, denn ich habe Arbeit und damit wieder ein lebenswertes Leben gefunden!“

Doktor Graßner hatte recht gehabt: in dem Hause, das seinem Bureau gegenüber lag, hatte eine Witwe, Frau Bauer, einfach möblierte Zimmer zu vermieten. Noch am selben Tage holte Karl Halimann aus der Herberge seine sieben Sachen und hielt seinen süßen Einzug in die vier Räume, die ihm fortan als Heim dienen sollten. Er fühlte sich ruhig und sicher: er hatte wieder Fuß gefaßt im Leben.

Noch gewisser wurde ihm das von der ersten Stunde an, wo er bei Doktor Graßner in einem hellen, luftigen Bureau an seinem Schreibtisch saß. Er lernte in Doktor Graßner einen Mann kennen von peinlicher Gewissenhaftigkeit und strengster Redlichkeit.

Auch Graßner fand schon nach wenigen Tagen, daß er mit der Aufhebung seines Gehilfen einen vorzüglichen Gewinn erzielt habe. Das kleine Geschäftsgeschäft kummerte ihn nicht, einzig dem klaren Auge des Rechtsanwalts nicht; doch fragte er nie danach — dazu hatte er kein Recht, meinte er im stillen.

So gingen die Tage in Ruhe und Frieden, in Arbeit und Müdigkeit dahin, während draußen der Herbst immer weiter ins Land schritt. Es war an einem Sonntag gegen Ende Oktober, als noch einmal die herrliche Sonne in warmen Strahlen die erregten Gesichter der Leute, der Kinder in

Wegen Verleumdung des Landrats Peters im Kreis Radow-Greifenhagen wurde Genosse Redakteur Schumann vom „Volkboten“ in Stettin vom dortigen Landgericht zu einer Strafe von 100 Mark verurteilt.

**Der gute Schriftführer und Berichterstatter.** Ein Hilfsbuch für alle in der Arbeiterbewegung schriftlich Tätigen von Wilhelm Kiepeck. Diese im Verlag von W. Pfannkuch u. Co. in Magdeburg zum Preise von 60 Pf. soeben erschienene Schrift wird vielen Tausenden von Arbeitern hochwillkommen sein. Das riesige Wachstum unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, der Aufschwung des proletarischen Bewusstseins auf allen Gebieten bringt immer mehr Arbeiter in enge Verbindung mit der Presse. Die Organisationen und Vereine erfordern ein Heer von Schriftführern, die die Interessen ihrer Körperschaften nach innen und außen mit der Feder vertreten müssen. Aber nur die allerwenigsten kennen die eigenartigen Erfordernisse der Presse, und es kommt zu ärgerlichen Enttäuschungen. Hier greift das Buch ein mit Belehrungen und Ratschlägen, die einer reichen Praxis entnommen sind, und die Schrift zu einem wirklichen Hilfsbuch bei der Abfassung von Protokollen und von Berichten für die Presse machen, in Form, Satzbau und Stil. Das sauber ausgestattete Buch, das in allen Parteibüchereien zu haben ist, kann allen schriftlich tätigen Arbeitern sehr warm empfohlen werden.

**Wilder Eifer.** Die „Volkzeitung“ in Zittau beleuchtete in satirischer Form ein Verbot des Stadtrats zu Zittau, das auch durch die Kreisbauernschaft Baugen bestätigt worden war und die Aufführung des kleinen Preussischen Theaterstücks „Der Teufel in der Wahlurne“ betraf. Die Satire bereitete dem Kreisbauernschaft Baugen großes Mißbehagen, das sogar das sächsische Ministerium erreichte. Er forderte schließlich den Kreisbauernschaft Baugen auf, Klage gegen den Verantwortlichen der „Volkzeitung“, Genossen Rauch, einzureichen und die Staatsanwaltschaft eröffnete das Strafverfahren. Die Staatsanwaltschaft ging aber über die Absicht des Antragstellers hinaus und schickte sich an, auch den Verfasser des betreffenden Artikels ausfindig zu machen. Man vermutete, daß der Reichstagsabgeordnete Genosse Edmund Fischer der Verfasser sei. Eine Hausdurchsuchung in der Redaktion der „Volkzeitung“ ergab wohl das Vorhandensein von zwei Artikeln und eines Briefes des Genossen Fischer, aber sonst nichts, was ihn als Verfasser des betreffenden Artikels hätte stempeln können. Später folgte eine Hausdurchsuchung beim Genossen Fischer selbst. Obwohl Fischer damals in Holland weilte, öffnete man seine Wohnung und über die Briefschaften des Genossen Fischer verhängte man die Postsperrung. Die Staatsanwaltschaft hatte aber eins vergessen, daß Genosse Fischer durch seine Immunität als Reichstagsabgeordneter gegen staatsanwaltliche Untersuchungen geschützt war. Genosse Fischer machte sein Recht geltend und der Staatsanwalt mußte das beschlagnahmte Material wieder herausgeben. Genosse Rauch hatte sich nunmehr vor der Strafkammer in Baugen zu verantworten. Der Verteidiger des Genossen Rauch machte nunmehr Verjährung geltend, welcher Ansicht das Gericht anschließen und auf Einstellung des Verfahrens erkennen mußte, da seit Vornahme der letzten richterlichen Handlung mehr als 6 Monate verstrichen waren. Damit endete diese große Staatsaktion.

**Der brandenburgische Provinzialparteitag.** Am Sonntag vormittag trat in Frankfurt a. d. O. der Parteitag für den Bezirk Brandenburg zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende, Gen. Sydow-Brandenburg, unserem verstorbenen Genossen Aug. Bebel einen warmempfundenen Nachruf. Den Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr erstattete der Provinzialsekretär Wels. Er betonte, daß die Mitgliederbewegung in diesem Jahre nicht das erfreuliche Bild des Vorjahres gezeigt habe. Es sei ein Rückgang an männlichen Mitgliedern zu verzeichnen, der nur wettgemacht werde durch die Zunahme der weiblichen Mitglieder. Immerhin habe sich die Gesamtmitgliederzahl gegen das Vorjahr noch um 44 vermehrt. Bedauerlich sei es, daß es im Vorjahre nur an zwei Orten gelungen sei, neue Zellsellen zu errichten; da in etwa 200 Orten des Bezirks noch Einzelmitglieder vorhanden seien, habe hier die Werberarbeit einzusetzen, damit durch Gründung neuer Wahlvereine in nächsten Jahre bessere Erfolge erzielt werden. — Bei der im Bezirk verbreiteten sozialdemokratischen Presse mache sich derselbe Rückgang an Abonnenten bemerkbar, wie an vielen Orten. Wir müssen alles daran setzen, diesen Verlust wettzumachen und darüber hinaus unseren Organisationen und unserer Presse neue Mittkämpfer zuführen. Die Bildungsbestrebungen werden in dreizehn Wahlkreisen des Bezirks durch 28 Bildungsausschüsse gefördert; durch Vor-

tieferm Blau sich wölbte und jene große, feierliche Stille über den Gefilden lag, die dem sinnenden Menschenkind einen Wendepunkt im Leben der Natur verkündet. Karl Haltmann zog es hinaus aus den engen Mauern der Stadt dorthin, wo Berge grühten und Wälder rauschten und die tiefgrünen Wellen eines Sees die Sonnenstrahlen in farbigen Reflexen widerpiegeln. Nur eine kurze Bahnfahrt von zwanzig Minuten, und vor dem Wanderer lag eines der reizendsten Landschaftsbilder der Natur. Beflügelten Schrittes verließ Haltmann den Bahnhof und wanderte hinaus in Berg und Wald. Etwa acht Tage vor seiner Verhaftung war er das letztemal hier gewesen — was hatte er doch in der Zwischenzeit alles erlebt! Wohl trohen Dankes schlug sein Herz, daß alles Schlimme überstanden war und die Zukunft klar und offen vor ihm lag wie dieser Sonntag.

Wie dieser Sonntag —

Ein leiser Schauer übersog ihn. Gewiß, es war ein Sonntag, prachtnoll und heiter, aber es war ein Herbsttag — einer jener geheimnisvollen Tage, hinter denen das große Sterben liegt. Es war keine Frühlingssonne, die da auf den leicht gekrümmten Wellen des frischen Bergeses glitzerte, keine Sonne, die Leben weckt und ruft, sondern eine Sonne, die das fliehende Leben mit wehmütigem Lächeln zu Grabe geleitet.

War das vielleicht für ihn ein Zeichen, daß dieser Gedanke gerade jetzt ihn überkam? Er wußte es: er trug seinem Chef gegenüber eine Schuld — und er trug schwer daran. Aber über ein kleines, und er wollte diese Schuld durch eine freie Aussprache mit Doktor Graßner von sich wälzen — über ein kleines, wenn er sich und fühlte, daß kein Brotgeber auch trotz des Geschehenen nicht mehr irrt an ihm werden würde. Und verdienen und erdienen wollte er sich den Freispruch von der Schuld — der Rechtsanwalt sollte erkennen, daß er damit einem fleißigen und treuen Menschen nur sein Recht gab.

Da schredte er aus seinen Gedanken auf. Bei einer Biegung des einsamen Weges, auf dem er bisher noch keinem Menschen begegnet war, stand ihm plötzlich ein junges Mädchen gegenüber.

Und beide, er und sie, standen wie gelähmt auf dem Fleck, festgebunden und starrten wortlos einander an. Das Mädchen sand zuerst ein Wort.

„Herr Halimann —“ flüsterte sie.

Er aber brachte keine Silbe hervor. Wer hatte die Vergangenheit gerufen? Und warum hing sie gerade in diesem Augenblick drohend vor ihm empor?

Er wollte knurrend an ihr vorbeistellen.

tragtskurse, künstlerische Veranstaltungen u. dgl. ist Erhebliches für das Bildungsbestreben der Mitglieder geleistet worden. Die „Arbeiter-Jugend“ hatte im Berichtsjahre in 33 Orten 2655 Leser; bedauerlich ist es, daß eine Reihe größerer Orte im Bezirk der Jugendbewegung immer noch nicht das nötige Verständnis entgegenbringe. So sei es auffallend, daß in Potsdam die „Arbeiter-Jugend“ nur in einem Exemplar gelesen werde, während in einer ganzen Reihe kleiner und kleinster Ortschaften 20, 30, ja 40 Abonnenten gezählt wurden. Von den 29 im Bezirk errichteten Auskunfts-Bureaus wurden 2965 Auskünfte erteilt. In längeren Ausführungen beschäftigte sich Wels mit der zurzeit geübten Diskussion über den Massenstreik. Nach seiner Meinung habe es niemals bei einer Parteifrage ein größeres Durcheinander gegeben, wie hier. Redner gibt ein Bild über die von den Vertretern des Massenstreiks vertretenen verschiedenen Ansichten und meint, daß die bisherigen Massenstreiks keinerlei Rückschluß auf die Durchführung des preussischen Massenstreiks zulassen. Wenn er keine Stellung zur heutigen Diskussion des Massenstreiks darlegen solle, so müsse er sagen, daß die derzeitige Diskussion eine überflüssige und gefährliche sei. Ganz sicherlich wird der Massenstreik einmal in Anwendung kommen, dann aber wird es sein ein Kampf um die politischen Grundrechte des Volkes, ein Kampf gegen den Versuch, die Koalition der Arbeiter zu zerbrechen. In der Frage der Steuerbewilligung sei eine künstliche Erregung gegen die Fraktion hervorgerufen worden. Gerade in Brandenburg habe die steigende Nachwahl in Zauch-Bezirk, die erste nach Erledigung der Steuer-vorlagen im Reichstage, gezeigt, daß die breiten Massen volles Verständnis für die Haltung der Mehrheit der Fraktion haben. Wenn jetzt gesagt wird, daß auch direkte Steuern letzten Endes von den Arbeitern getragen werden, dann sollte die Vertreter dieser Auffassung konsequent sein und das Parteiprogramm revidieren und verlangen, daß jede Bewilligung von Reichsteuern verweigert werde. Den Kassenericht erteilte Reich. Schmidt-Berlin. Die Einnahme des Bezirks beträgt danach 37 685,08 Mk. und die Ausgabe 34 843,81 Mk., jedoch ein Bestand von 2841,27 Mk. vorhanden ist. An den Parteivorstand wurden 11 160 Mk. abgeführt. In der Diskussion beschäftigte sich Gen. K. Liebknecht zunächst mit den Ausführungen Wels über die Wehrvorlage. Er sei nicht in der Lage, der vorliegenden Resolution, die die Zustimmung der Fraktion zur Wehrvorlage ausdrückliche billigt, zuzustimmen. Ueber den Massenstreik vertritt Redner seine bereits bekannte Auffassung. Nach weiterer Diskussion, an der sich die Genossen Peus und Brückner beteiligten, wurde über folgende Resolution abgestimmt: „Der Parteitag der Provinz Brandenburg stellt sich auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Wehrvorlagen abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Wehrvorlagen.“ Gegen 5 Stimmen wurde die Resolution angenommen. Zum nächsten Tagesordnungspunkte hielt Genosse Braun einen sehr instruktiven Vortrag über die Entwiklung der Stellung der Partei zur Agrarfrage. Der Redner wies im Verlauf seines Vortrages auf die Notwendigkeit hin, durch eine auf dem Parteitage oder vom Parteiausschuß zu wählende Kommission die neuen Tatsachen in der Agrarwirtschaft zu prüfen, um der Partei die Richtlinien in ihrer Stellung zur Agrarfrage zu geben. Nach Erledigung einiger Wahlen wurde der Parteitag geschlossen.

**Aus den Organisationen.** Die Kreisgeneralversammlung des Zentralwahlvereins für Lettow-Weeskow-Storkow-Charlottenburg nahm am Sonntag, dem 24. August, zu dem Parteitage Stellung. Das einleitende Referat hatte der Gen. Pagen übernommen. In den Vordergrund seiner Betrachtungen stellte er die Fragen der Stagnation in der Mitgliederbewegung, die Maifeier, die Stellungnahme der Fraktion zur letzten Militär- und den dazu gehörigen Wehrvorlagen und den Massenstreik. Er kam zu dem Ergebnis, daß es bezüglich der Maifeier so wie bisher nicht weitergehen könnte. Es müßte die deutsche Partei unter den bestehenden Umständen den Mut haben, auf dem nächsten internationalen Kongress zu beantragen, die Maifeier aufzuheben. Die Stellungnahme und Haltung der Fraktion verteidigte der Referent und bestritt, daß sie in taktischer und prinzipieller Hinsicht mit den programmatischen Grundsätzen der Partei in Widerspruch stünde. Im Gegenteil sei er der Meinung, daß die Fraktion in geschickter Weise im Interesse der Partei und der arbeitenden Bevölkerung gehandelt habe. Den Massenstreik hält Redner zurzeit noch nicht für anwendbar. Zu seiner erfolgreichen Durchführung fehlen noch die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen. Die Organisationen — Partei und Gewerkschaften — müssen noch viel-

Aber sie litt es nicht. Tiefenst, stehend und bittend ruhten ihre Augen auf ihm.

„Sie dürfen nicht so an mir vorbeigehen, Herr Haltmann!“ sagte sie und ihre Stimme zitterte.

Unwillig und zürnend sah er sie an.

„Wer will mich hindern?“ fragte er herb und fast drohend.

„Ich!“ entgegnete sie ruhig.

Er schüttelte den Kopf.

„Sie haben keine Macht mehr über mich!“

„Nur ein paar Augenblicke sprechen muß ich mit Ihnen!“

„Hören Sie, ich muß!“

„Unsere Wege sind geschieden für immer — wir haben nichts mehr von einander zu fordern —“

Sie neigte das Haupt.

„Doß! Ich von Ihnen!“

„Und was sollte das sein?“

„Ihre Verzeihung!“ sagte sie traurig.

Wie vom Blitz getroffen starrte er sie an. Ehe er ein Wort der Entgegnung finden konnte, fuhr sie fort:

„Es ist mehr als Zufall, daß wir uns hier treffen. Seit länger als zwei Jahren suche ich nach dem Augenblick, Ihre Verzeihung zu erbitten. Oder meinen Sie, ich hätte nicht in den Zeitungen gelesen von dem, was damals mit Ihnen geschehen ist? — Und mich quält das grausame Bewußtsein, daß ich die Schuldige bin — ich!“

Und jetzt hob sie den Kopf, und Haltmanns Blicke ruhten voll auf ihr. Sinnend und forschend spähte er in ihren Zügen. Er mußte es, er konnte nicht anders. Nein, das war doch nicht die Vergangenheit — das war doch nicht jene weibliche Gestalt des Abends im Elysium mit dem seltsamen Blick aus den rätselhaften Augen, mit dem spöttischen Lächeln, mit den roten, verführerischen Lippen, dem berauschenden Duft aus dem üppigen, dunklen Haar — nein, nein, nein! Das war eine andere, die hier vor ihm stand. Das war ein ernstes Frauenantlitz, so wie er es in der Gemäldegalerie auf den Bildern von der „großen Sünderin“ gesehen hatte.

Und ruhig und milde klang jetzt seine Stimme, als er antwortete:

„Sie irren, Fräulein Sanders — ich habe Ihnen nichts zu verzeihen!“

Sie neigte aufs neue das Haupt.

„Ein zertrümmertes Menschendasein!“ flüster sie leise und bedeckte ihre Augen zitternd mit ihrer Hand.

Er atmete tief und schwer.

„Es geht mir jetzt gut!“ sagte er ruhig.

(Fortsetzung folgt.)

umfassender und aktionsfähiger sein. Von einem Experimentierfeld müssen wir die Hände lassen, zuviel stünde für die Arbeiterbewegung auf dem Spiele. Das Referat wurde beifällig aufgenommen. Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Gen. Piech brachte eine Resolution ein, nach welcher die Generalversammlung die Haltung der Fraktion bedauert und verlangt, daß der Parteitag seine Zustimmung zu dem Verhalten der Fraktion nicht gibt. Nach eingehender Beratung dieser Resolution durch den Antragsteller wandten sich alle folgenden Redner entschieden dagegen. Besonders Scholz (Neufölln) zeigte an der Hand der Parteitagprotokolle und Fraktionsberichte, daß die Fraktion wiederholt bei ähnlichen Anlässen ebenso wie in dem vorliegenden Fall gehandelt und kein Wort des Widerspruches in den Reihen der Parteigenossen sich bemerkbar gemacht habe. Wenn der Verwendungszweck der Steuern in Betracht käme, dann könne unsere Fraktion keine Steuern bewilligen; auch nicht die, welche wir programmatisch fordern; dienen doch letzten Endes alle Einnahmen im Klassenstaate für militärische und marinistische Zwecke. Bei der Abstimmung wurde die Resolution Piech mit großer Mehrheit abgelehnt, nur etwa 10 Delegierte von 168 erklärten sich dafür. Angenommen wurde ein Antrag, auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „Massenstreik und Wahlrechtsfrage“; und auf die Tagesordnung des nächsten zu setzen: „Die Agrarfrage“. Den Geburtenstreik auf dem Parteitage zu behandeln, wurde abgelehnt. Dem Parteitag soll noch eine Resolution unterbreitet werden, in der gesagt wird, daß sich immer deutlicher die Unmöglichkeit zeigt, mit den bisherigen Kampfmitteln das freie Wahlrecht in Preußen zu erringen. Der Parteitag möge deshalb beschließen, die Organisationen zu veranlassen, eine systematische Propaganda für den politischen Massenstreik zu betreiben. Ein Antrag wurde noch angenommen, welcher verlangt, daß die „Gleichheit“ dem Verständnis der in die Partei Neueintretenden mehr angepaßt wird. Zur Maifeier soll dem Parteitag noch ein Antrag unterbreitet werden, nach welchem alle Parteigenossen, die den 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall haben, verpflichtet werden, den Tagesverdienst abzuführen.

**Aus den Organisationen.** In Hanau beschäftigte sich eine starkbesuchte Parteiverammlung mit der Stellung der Fraktion zur Deckungsvorlage. Das einleitende Referat hatte Reichstagsabgeordneter Genosse Hoch, Redner behandelte eingehend die Situation, in der sich die Fraktion befand, führte die Gründe ins Feld, die für und gegen die Zustimmung zum Wehrbeitrag und der Besitzsteuer sprechen, um dann seinen ablehnenden Standpunkt zu begründen. Die Gründe, die von einem Teil der Befürworter von Wehrbeitrag und Besitzsteuer angeführt werden, bergen nach Hochs Ansicht in ihrer weiteren Folge die größten Gefahren für die Zukunft in sich. Die Deckungsvorlage bildet für Zentrum und Liberale die Voraussetzung für die Annahme der Militärvorlage. Schon winkt uns eine neue Marinevorlage. Was denn, wenn Marinevorlage und direkte Steuern in einem Mantelgesetz uns unterbreitet werden? Die Partei habe alle Ursache, sich ernsthaft mit diesen Fragen zu beschäftigen. Vier weitere Redner vertraten in der Debatte ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber den Deckungsvorlagen. Die Versammlung brachte einstimmig zum Ausdruck, daß sie den Standpunkt der Mehrheit der Fraktion in dieser Frage nicht billigt.

**Webel-Gebächtnisfeier in London.** Auf dem Trafalgar Square fand am Sonntag nachmittag eine von 10000 Menschen besuchte Webel-Gebächtnisfeier statt. Den Vorsitz führte Keir Hardie, Redner aller sozialistischen Sektionen und der Gewerkschaften sprachen, so Hyndman, Kneephorle, Anderson, Glasier und andere. Die Genossen Dr. Phillips und Cameron feierten den Verstorbenen in ihren Reden als das leuchtende Vorbild der internationalen Sozialdemokratie. Besonders wiesen fast alle Redner auf die Rolle hin, die Webel in der Bewegung zur sozialistischen Einigung gespielt hat. In seinem Schlusswort sagte Keir Hardie, er erwarte mit Zuversicht, daß man im nächsten Jahre auf dem Trafalgar-Square zusammenkomme, nicht um des Todes eines großen sozialistischen Vorkämpfers zu gedenken, sondern um die Geburt der sozialistischen Einigung Englands zu feiern.

### Gewerkschaftsbewegung.

**Tarifvertrag im Kölner Tiefbaugewerbe.** Nach langen Verhandlungen ist soeben im Kölner Tiefbaugewerbe ein Tarifvertrag zustande gekommen. Die Arbeiter hatten verlangt, daß eine Gleichstellung ihrer Arbeitsbedingungen mit denen im Hochbaugewerbe noch in der ersten Vertragsperiode herbeigeführt werde. Das lehnten jedoch die Unternehmer als undurchführbar ab. Man einigte sich schließlich darauf, daß für die erste Vertragsperiode, bis zum 31. März 1916 die Arbeitszeit im Sommer auf zehn Stunden verkürzt wird. Der Stundenlohn soll für Erdarbeiter vom 15. August 1913 bis 31. März 1914: 48 Pfg. bis 50 Pfg., vom 1. April 1914 bis 31. März 1915: 52 Pfg. und vom 1. April 1915 bis 31. März 1916: 55 Pfg. betragen. Die Lohnfestsetzung im ersten Vertragsjahr von 48 bis 50 Pfg. bezieht sich auf die Vergütung mit höheren Lohnsätzen mit einzubeziehen. Die Arbeiter und Betonhilfsarbeiter erhalten einen um 4 Pfg. höheren Stundenlohn als die Erdarbeiter; für die Arbeiter an Fortifikationsbauten wurden Lohnhöhungen von 3-4 Pfg. durchgesetzt. Für die Kanalarbeiter und deren Hilfsarbeiter, sowie für die Zementfabrik- und Zementarbeiter gelten im Tiefbau die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie im Hochbaugewerbe. Eine protokollarische Erklärung zum Vertrag besagt noch, daß beim nächsten Vertragsabschluss eine Gleichstellung mit dem Hochbaugewerbe angestrebt werden soll. Das Vertragsgebiet erstreckt sich vorläufig auf die Städte Köln, Müllheim am Rhein und die Bürgermeistereien Randorf und Merheim.

**Gewerkschaftsangehörter und § 193 des Strafgesetzbuchs.** Der dritte Ferienrat der Arbeiter hatte sich der Angehörte des Deutschen Transportarbeiterverbandes in Bochum, Genosse Kimrich, wegen öffentlicher Beleidigung der Essener Polizei zu verantworten. Die Beleidigung wurde in einem von Kimrich verfaßten und verantwortlichen geschilderten Flugblatt an die Essener Chauffeure, sowie in einem Vortrage erblickt, den Kimrich in einer öffentlichen Chauffeurversammlung gehalten hatte. In dem Flugblatt sowie in seinem Vortrage soll der Angehörte der Polizei den Vorwurf der schändlichsten Behandlung der Chauffeure gemacht haben. Hierdurch fühlte sich die Essener Polizei beleidigt und stellte Strafantrag. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 Mark, evtl. 20 Tage Gefängnis. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, weil der Angehörte die Essener Polizei weder in seinem Flugblatt noch in seinem Vortrage genannt habe, im übrigen hätte der Angehörte als Angehörter seines Verbandes die Interessen der Mitglieder vertreten, er hätte deshalb in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Die Kosten wurden der Staatskasse aufgelegt.

**Ein Malerstreik ist in London ausgebrochen;** es wird eine Lohnhöhung von 1/2 Penny pro Stunde verlangt. In dem Streik sind 10000 Personen — darunter 6000 Organisierte — beteiligt.

## Aus der Jugendbewegung.

**Der gesetzliche Arbeiterschutz für Jugendliche** von Robert Schmidt, zweite, erweiterte Ausgabe. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Berlin 1913. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, 80 Seiten, Preis 40 Pfennige im Buchhandel. Die Schrift, die zum ersten Male vor zwei Jahren erschien, hat im Kampfe um die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend bereits gute Dienste geleistet. Die inzwischen eingetretenen Änderungen in der Jugendschutzgesetzgebung haben eine teilweise Korrektur des Inhalts notwendig gemacht. Der Verfasser hat sich aber damit nicht begnügt. Er hat seine ersten Darlegungen wesentlich ergänzt. Alle die so schwer verständlichen und mühsam auffindbaren gesetzlichen Bestimmungen, die zum wirtschaftlichen Schutze der Jugend erlassen sind, werden hier, übersichtlich geordnet, in klarer Weise erläutert. Praktische Ratshelpe für die Jugendschutzarbeit, die von der proletarischen Jugendbewegung in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften betrieben wird, erhöhen den Wert der Schrift. Für alle, die sich der Pflege des wirtschaftlichen Jugendschutzes widmen, ist die Arbeit unseres Genossen Robert Schmidt ein wichtiges Hilfsmittel. Die Schrift sollte aber auch unter der arbeitenden Jugend fleißige Verbreitung finden, damit die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen sich ihrer gesetzlichen Rechte bewußt werden. Die energische Verteidigung dieser ist zugleich ein Kampf für den so notwendigen Ausbau der gegenwärtigen mangelhaften Jugendschutzgesetzgebung.

### Krach im Zwischendeck.

Die Kanada-Pazifikbahn und die ihr angegliederten Gesellschaften sind wieder rabiat geworden. Im Frühjahr kam es bekanntlich zu einem energischen Kampf um die Gebührentel der Auswanderer. Eine Zeitlang konnte man für 80 Mark von Europa nach Kanada fahren; während der normale Preis bald das Doppelte betrug. Seine Ursache hatte das darin, daß die Kanada-Pazifikbahn eine Auswandererlinie zwischen Triest und Kanada einrichtete und einen wichtigen Anteil vom Auswandererverkehr Europas für sich verlangte. Die im nordatlantischen Zwischendeckpool vereinigten Schiffsgesellschaften kämpften durch Preisherabsetzungen dagegen an. Man einigte sich. Kurz danach erklärte die Hamburg-Amerika-Linie, daß sie an dem Zwischendeckpool in seiner alten Gestalt nur noch wenig Interesse habe. Das würde nur dann anders werden, wenn ihr ein Teil der Zwischendeckquote des Norddeutschen Lloyd zugeschlagen werde. Nun ist der Krach zwischen Lloyd und Hapag plötzlich wieder in den Hintergrund getreten, weil die Kanada-Pazifik mehr oder weniger heimlich die Zwischendeckpreise herabgesetzt hat, um auf diesem Wege ihr Geschäft zu vergrößern. Die Pool-Linien antworteten erneut mit Preisherabsetzungen.

Auf die Ursachen des jetzt wieder erneut entstandenen Konfliktes weist eine Äußerung des Lloyd hin. Sie lautet: „Es liegt eine fertige, auch von der Hamburg-Amerika-Linie im Prinzip gebilligte Vereinbarung mit der Kanada-Pazifik seit Monaten vor, durch die auch die (mit der Kanada-Pazifik in Verbindung stehende) Allan-Linie der Konferenz wieder angegliedert würde. Der endgültige Vollzug dieser Vereinbarung wird in der Hauptsache nur noch durch die Weigerung der Hamburg-Amerika-Linie, die Verträge über den Schluß dieses Jahres hinaus fortzusetzen, verhindert.“

Damit will der Norddeutsche Lloyd wohl sagen, daß die intellektuelle Ursache des neu ausgebrochenen Preiskonfliktes bei der Hamburg-Amerika-Linie liege. Ballin geniert sich demgegenüber durchaus nicht, immer wieder darauf hinzuweisen, daß der ganze Poolvertrag in seiner alten Form nicht mehr aufrecht zu erhalten sei, und daß im besonderen das Verhältnis zwischen ihm und Bremen notwendigerweise einer Änderung zu unterliegen habe. Jetzt weist Ballin an der Hand der Bruttotonnage der beiden Ozeanflotten die Entwicklung seit 1891 nach. Damals hatte die Hapag Schiffsraum im Ausmaße von 123 000 Bruttotonnen, der Lloyd dagegen 172 000. Anfang 1913 betrug die Bruttotonnage des Hapag 925 000, die des Lloyd dagegen nur 679 000. Der Norddeutsche Lloyd weiß aber auch, wie er sich sein Recht durch Zahlen nachweisen kann. Er veröffentlicht das Tonnageverhältnis im nordamerikanischen Verkehr auf Grund der wirklich vorgenommenen Fahrten. Danach hatte die Hapag 1899: 926 000 Tonnen, der Lloyd 1 034 000, im Jahre 1912 die erstere 1 467 000 und der letztere 1 922 000 Tonnen im Verkehr. Demgegenüber wird wohl Ballin wieder antworten; daß er sehr gern seine Schiffe auch noch mehr Expeditionen machen lassen würde, wenn er die genügende Anzahl von Auswanderern zugebilligt bekommt, was er ja verlangt. Wobei überdies schon heute angenommen werden kann, daß die Hamburg-Amerika-Linie ihre Wünsche zum mindesten teilweise durchsetzen wird. Besonders der Veröffentlichung wert scheint uns auch noch etliches über die Methode der Auswandererwerbung zu sein, wie sie nach sehr interessierten Berichten deutscher Zeitungen natürlich ausschließlich nur durch die Agenten der Kanada-Pazifik-Gesellschaft betrieben wird. Voraussetzung des Preisstumpfes der Kanada-Pazifik ist, daß die österreichische Regierung es duldet, sie duldet es gern, weil sie Interesse daran hat, das Seegeschäft von Triest zu beleben, und den Bahnverkehr im eigenen Lande zu verfrachten. Aus dem Grunde hat die österreichische Regierung ja wohl auch zugelassen, daß die Pacific-Gesellschaft auf den österreichischen Alpenlinien großartige Aussichtswagen laufen läßt. Viel beachtenswerter ist aber, daß man von Schmirer Geldern für die Dörporen redet, daß man von Umgehungen der Passvorschriften durch Weranthalung von Scheinpropositionen und Wallfahrten spricht, und daß man von ungläublichen Reklamebildern in den Läden der galizischen Agenten zu erzählen weiß. Kurz, daß man von einer Auswandererpropaganda spricht, die wie eine Massensuggestion wirkt. Vielleicht erzählt uns der Lloyd, oder die Hapag gelegentlich wieder einmal etliches darüber, wie ihre Agenten in jenen Gebieten diesen Auswandererfieber entgegenarbeiten. Es wurden mitunter schon sehr eigenartige Dinge bekannt.

### Soziales.

**Ratrat und Versicherungsgesellschaft.** Der Verband Deutscher Lebensversicherungs-Gesellschaften hat sich in einer Eingabe an das Preussische Ministerium des Innern gegen die Empfehlung der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten durch staatliche Organe gewandt, nachdem ihm auf diesbezügliche Beschlüsse an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg der Bescheid gemeldet war, daß dieser keine Überstreichung der Amtsbefugnisse darin erblickt, wenn ein Gemeindevorsteher oder eine Gemeindefiskus für die „Öffentlich-Rechtlichen“ Propaganda mache. In der Eingabe an das Preussische Ministerium des Innern wird demgegenüber betont, daß wenn Gemeindevorsteher, Steuerassessoren, Raträte und andere unmittelbare oder mittelbare Staatsbeamte die öffentlich-rechtliche Lebensversicherung empfehlen, dadurch der Staat für deren Leistungsfähigkeit eine Verantwortung übernehme. Das ist ein höchstbedauerliches

es sich bei deren Prämissen um ein sehr gewagtes Experiment handele. Durch seine Parteinahme für die „Öffentlich-Rechtlichen“ begäbe sich der Staat auf das wirtschaftliche Kampffeld, und müsse der Glaube an die Unparteilichkeit, die Gerechtigkeit der staatlichen Organe eine schwere Beeinträchtigung erfahren. Aus der Eingabe erfahren wir, daß den Lehrern, welchen eine Tätigkeit bei Privatgesellschaften nur selten gestattet wird, durch die Schulinspektionen eine Tätigkeit für die „Öffentlich-Rechtlichen“ direkt nahegelegt wird; daß Landräte unter Hinzufügung ihres Amtssiegels öffentliche Bekanntmachungen für die „Öffentlich-Rechtlichen“ erlassen, und daß einer solchen amtlichen Bekanntmachung in Maß bei Brandenburg sogar der Vermerk beigefügt war: „das Nichtbefördern derselben werde vom Landrate streng geahndet werden.“ Wir sind gespannt darauf, welche Antwort Herr von Dallwitz auf diese Eingabe geben wird. Selbst wenn der Herr Minister die öffentliche Parteinahme für die agrarische Lebensversicherung nicht billigen sollte, sind wir aber überzeugt, daß doch alles beim alten bleibt.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Ein Soldat durch Mißhandlung in den Tod getrieben: Zwei Monate Gefängnis!** Im Frühjahr beging der Rekrut Meßner vom 11. Grenadier-Regiment in Breslau Selbstmord durch Erschießen. Eine Untersuchung wurde eingeleitet und schließlich ist der Gefreite Robert Scholaut wegen Mißhandlung und vorchriftswidriger Behandlung in 22 Fällen, Anmaßung von Befehlsgewalt und Beleidigung Untergebener im Dienst vom Kriegsgesetz zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Verhandlung fand, wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen und der Sittlichkeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt; so daß niemand den rechten Sachverhalt erfuhr. Begreiflicherweise war der Menschenschinder froh, so billig davongekommen zu sein, doch legte der Gerichtsherr Berufung ein. Er wollte nicht fortgesetzte Beleidigung angenommen, sondern jede Beleidigung besonders bestrafen. Die erneute Verhandlung ist nur öffentlich erfolgt. Scholaut ist Gefreiter seit Oktober 1912. Der Verhandlungsführer, Kriegsgesetzrat Schae, sagte zu ihm: „Wenn Gefreite den Größenwahnsinn bekommen, machen sie solche Sachen und verleiden dadurch den Leuten das Militärleben und die Lust zum Dienst.“ Dem Rekruten Malek ging es durch den Gefreiten Scholaut besonders schlecht. Als er eines Abends die Stube nicht ausgefegt hatte, ließ ihn der Angeklagte zwanzigmal hinlegen und aufstehen. Als dem Rekruten die Prozedur schon schwer fiel, drückte ihn der Gefreite mit dem Knie herunter und sprach: „Schlaß dich so lange hinlegen, bis Du krepierst.“ Ein anderes Mal warf er eine blecherne Kaffeekanne nach ihm. In einem anderen Falle drückte der Angeklagte den Malek an der Gurgel und hob ihn über einen Waschtisch. In 21 Fällen stieß er ihn gegen ein Spind. Einmal befahl er den Rekruten, ihm seine (des Gefreiten) Schuhe zu putzen, und da er es nicht gleich tat, drückte er ihn wieder an das Spind. Malek lief aus Furcht einmal abends fort und versteckte sich über Nacht in einem Schuppen. Weil der Rekrut kurz aus sein Spind nicht in Ordnung hatte, stieß ihn der Stubenälteste an das Spind. Die Rekruten nannte er: verfluchte Ruffenbände, Drecksäcke, Stifte, Säue, Lerge, man merkt von Euch, daß Ihr vom Affen abstammt, Ihr merdet mich noch kennen lernen, ich werde Euch in Ordnung bringen. Zeuge Simon sagt aus: Der durch Selbstmord geendete Rekrut Meßner habe sich bei ihm beklagt, das Leben gefalle ihm nicht mehr; er habe durch Scholaut eine schreckliche Zeit. Oberkriegsgerichtsrat Trefftz beantragte Erhöhung der Strafe auf drei Monate Gefängnis. Das Oberkriegsgericht erhöhte die Einzelstrafen für die Anmaßung der Befehlsgewalt und die Beleidigungen, beließ es aber bei der Gesamtstrafe von zwei Monaten Gefängnis, weil Scholaut, unbestraft, von sehr guter Führung sei und auch geistig gesund war. Also zwei Monate sind ausreichend für einen solchen Menschenschinder, der Rekruten zur Flucht und in den Tod treibt. Aber seine Führung war ja gut, wie das regelmäßig fast bei allen Rekrutenschindern der Fall ist. — Zwei Monate Gefängnis für einen Kerl, der aus purem Übermut, aus Größenwahn einen armen Teufel von Rekruten zur Verzweiflung und in den Tod treibt! Soll eine so unerhört milde Bestrafung eine ausreichende Sühne für ein verächtliches Verbrechen sein?

### Aus Nah und Fern.

**Als „Verbrecher“ gestempelte Kriegervereiner?** Der nicht dem Deutschen Kriegerbunde angehörende Hannoverische Kriegervereine (Militärverein für Niedersachsen) mit seinen vielen, im hannoverschen Lande verstreuten Ortsgruppen hat sich der besonderen Beachtung der preussischen Regierungs- und Polizeibehörden zu erfreuen, die hinter dem Verein nichts als weilsche Agitation vermuteten, trotzdem der Verein in seinen Satzungen ausdrücklich strengste politische Neutralität festgesetzt hat und sich also in dieser Beziehung vorteilhaft von den Kriegervereinen des Deutschen Kriegerbundes unterscheidet, von denen man bekanntlich recht oft, besonders in Wahlzeiten, manch garstiges politisches Gedächtnis zu hören bekommt. So hatte sich auch am 1. Juni zu einem von 4000 bis 5000 Personen besuchter Sommerfest der Ortsgruppe Hannover ein stattliches Polizeiaufgebot eingefunden, das unter der Leitung des Kriminalkommissars und Hauptmanns der Landwehr Hugo Schmielen mit anglicklicher Sorgfalt die Grundfesten des preussischen Staates vor jeder Erschütterung bewahrte; aber bei der Durchführung eines Tanzverbotes (!) mit einer Schneidigkeit vorging, die dem Publikum auf die Nerven fiel, allbereu und intemal sich die Hannoveraner an den schwarzweissen Knurren immer noch nicht gewöhnt haben. Die dabei viel geäußerte protestierende Haltung des Publikums und scharfe Stimmlosen verletzten den überwachenden Kriminalkommissar und Hauptmann der Landwehr in wenig feilliche Stimmung; und in der Erregung soll er gelegentlich des Vorübergehens von Festgästen, die in den Saal wollten, in letzteren hineingerufen haben: „Die gehören auch zu den Verbrechern.“ Von einem Herrn alsbald zur Rede gestellt, hat er den Spieß umgedreht und den Interpellanten wegen Beleidigung auf Anzeig gebracht, diese Anzeige aber auf Vorhalt des Polizeipräsidenten wieder fallen lassen. Nach Bekanntwerden des Vorganges griff unter den Vereinsangehörigen eine starke Entrüstung Platz; und der Vorsitzende der Ortsgruppe, Gandelgärtner Hugo Schmielen, strengte für seine Person gegen den Kommissar Schmielen die Privatklage wegen Beleidigung an. Aber diese Klage wurde am 22. d. M. vor dem Schöffengericht zu Hannover unter großem Andränge verhandelt. Der Beklagte bestritt die ihm zur Last gelegten beleidigenden Worte; und wies es vor sich, eine verächtliche beleidigende Äußerung gebraucht zu haben. Als stiller aktiver Offizier mußte Kommissar Schmielen eigenhändig wissen, daß das höfliche Wort „Verbrecher“ einer der höchsten Insanzen des militärischen Lebens ist.

